Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen, Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich siebenmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 23. **Halle a. S., Mittwoch, den 15. Januar** **1908.**

Der Zusammenbruch des Etatssystems Miquel-Rheinbaben.

Die N. L. C. schreibt:

Schon die Rede, mit der der Herr Finanzminister Freiherr von Rheinbaben am 8. d. Mts. den Staatshaushaltsetat im preußischen Landtag einbrachte, klang wie eine Leichenrede auf sein eigenes zu Tode gerittenes Prinzip, und der Verlauf der heutigen Etatsberatungen hat das Bild eines Zusammenbruchs nur noch vervollständigt.

Rheinbabens großer Vorgänger, der gewiegte Taktiker Miquel, wußte vom Beginn seiner Amtstätigkeit an im Landtag dafür Stimmung zu machen, daß es wirtschaftlich das allein Richtige sei, möglichst alle Staatsbedürfnisse — auch die für Neubauzwecke — unter Sperrung des Anleiheweges lediglich auf den Etat zu verweisen. So lange die Verhältnisse danach angetan waren, funktionierte dies System scheinbar tadellos und brachte es zuwege, daß sich das Staatsvermögen in Form von stillen Reserven nach und nach um Milliarden vermehrte. Jeder Patriot hätte sich dessen freuen können. Aber schon damals wurden Bedenken in der Richtung laut, ob nicht unter der Tendenz, alles in den Etat zu zwängen, die sachlichen Rücksichten bei der Etatsaufstellung zu sehr leiden würden. Diese Sorgen verhallten indes und galten mehr als akademische, weil in der Folgezeit die immer mehr wachsenden, selbst die kühnsten Erwartungen übersteigenden Eisenbahnüberschüsse die Deckung nicht nur für die laufenden Bedürfnisse des Staates, sondern auch noch für Meliorationszwecke wirklich einbrachten. Alle Bedürfnisse wurden auf diese Weise ja befriedigt, wozu sollte man sich noch Sorgen um eine anderweitige Regelung machen? Inzwischen stieg aber die industrielle Flutwelle immer höher, der preußische Staat als hochentwickelter Industriestaat und selbst größter Gewerbetreibender der Welt, wurde, ob er wollte oder nicht, zu immer größeren Investierungen genötigt, sein Bergbau wollte sich ausdehnen und das kostete Geld und seine Eisenbahnen mußten sich ausdehnen, und das kostete erst recht Geld. Auf solche grandiosen Kapitalbedürfnisse war selbst der preußische Milliardenetat nicht eingerichtet. Trotzdem wurde es versucht, auch für diese riesenhaften Expansionsbedürfnisse, wofür die Privatindustrie schon längst zu hohem Zins den Anleihemarkt hatte in Anspruch nehmen müssen, im Staatshaushaltsetat Platz zu machen, und als dies auf gewöhnlichem Wege nicht mehr ging, wurde schließlich zu dem Notbehelf gegriffen, die Eisenbahneinnahmen möglichst in die Höhe, die Eisenbahnausgaben dagegen weit unter das Bedürfnis herunterzuschrauben. Die Maschine wurde überspannt und dies hat jetzt zur Explosion geführt. Auf mehr als 100 Millionen wird der Fehlbetrag geschätzt, um den der Betriebsüberschuß der preußischen Staatseisenbahnen gegen den Etat 1907 zurückbleiben wird. Dieses Defizit wird für den neuen Etat 1908 verhängnisvoll, da in diesen ein fast ebenso großer Betriebsüberschuß wie ihn der jetzt zusammengebrochene aufbringen sollte, eingestellt ist, wiewohl die Verhältnisse für 1908 weit ungünstiger liegen, wie 1907. Schon die Mehrausgabe für Schienen und Kohlen muß infolge der jüngst bekannt gegebenen höheren Vertragspreise viele Millionen betragen, so daß für den Staatshaushaltsetat 1908 zu dem ihm innewohnenden latenten Defizit von 100 Millionen noch ein zurzeit noch kaum zu veranschlagendes weiteres, großes Etatsdefizit hinzukommt.

Wir stehen also vor einer in sich zusammengebrochenen Etatsaufstellung. Daß so etwas passieren konnte, dafür muß in erster Linie der Herr Finanzminister verantwortlich gemacht werden. Er hat doch diese ungünstige Entwicklung, über die schon in der Thronrede Andeutungen gemacht wurden, gekannt; wie konnte er dem Landtage einen solchen in sich erschütterten Etat vorlegen? Er kann sich auch nicht dahinter verstecken wollen, daß der Landtag das ganze System mitgemacht und die auf dieser Grundlage aufgestellten Staatshaushaltsetats genehmigt hat. Daß ein Prinzip bis zur Absurdität zu Tode geritten wird, konnte niemand erwarten, und daß dies dennoch geschehen, ist mit Recht heute dem Herrn Finanzminister zum Vorwurf gemacht worden. Seit Jahren wurde mit riesigen Eisenbahnextraordinarien bis zur Höhe von 186 Millionen vor aller Welt brilliert; aber wie sich jetzt leider herausstellt, indem an andern Stellen im Haushalt das Nötige fehlte. Das konnte natürlich das Abgeordnetenhaus nicht ahnen! Jetzt zeigt sich übrigens, daß es doch nicht lediglich theoretische Bedenken waren, wenn vor den Folgen eines solchen zweischneidigen Systems gewarnt wurde. Der Konsolmarkt, dem durch übertriebene Dotierung des Extraordinariums möglichst aus dem Wege gegangen werden sollte, wird jetzt zur Deckung der großen Defizitanleihen doch in Anspruch genommen werden müssen: aber in dieser Notlage, unter weit ungünstigeren Bedingungen, als wenn er auf ordnungsmäßigem Wege von Haus aus in Anspruch genommen wäre.

So bietet der Etat für 1908 das Bild einer vollständigen Verwirrung. Wer unsere Verhältnisse nicht näher kennt, sollte wirklich glauben, in Preußen brächen jetzt die Stützen zusammen wie derzeit in Rußland. Zusammengebrochen ist allerdings das bisherige Etatssystem, damit aber Gott sei dank noch lange nicht die finanzielle und wirtschaftliche Kraft des preußischen Staates. Im Gegenteil, es läßt sich mit Bestimmtheit erwarten, daß nach Beseitigung dieses fehlerhaften Systems, welches in den Dreimilliardenetat Undurchsichtigkeit, Unwirtschaftlichkeit und schließlich Verwirrung gebracht hat, die Staatsfinanzen in ihrer Vollkraft und Gesundheit dastehen werden.

Wenn in Zukunft die laufenden Ausgaben des Staates lediglich nach sachlichen Rücksichten dem wahren Bedürfnis entsprechend etatisiert und die großen Aufwendungen, welche die Bedeutung des werbenden Kapitals haben, dahin gebracht werden, wohin sie ihrer Natur nach gehören, dann wird auch wieder Ordnung und Wirtschaftlichkeit in den Staatshaushalt einziehen.

Es mag ja weniger prunkhaft und manchem unsolider erscheinen, wenn der preußische Staat seine werbenden Kapitalien ordnungsmäßig wie jeder Privatindustrielle am Kapitalmarkt aufnimmt, und doch ist es solider und wirtschaftlich richtiger, dies rechtzeitig zu tun, als schließlich durch die Not getrieben in Form von Defizitanleihen den Staatskredit ungünstig zu beeinflussen und dadurch der Bevölkerung indirekt nicht unerhebliche Opfer aufzuerlegen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— In der Deutschen Orientgesellschaft wohnte das Kaiserpaar am Montag einem Vortrag des Prof. Dr. Eduard Meyer über die Entwickelung der altägyptischen Kultur bei. Der Kaiser fuhr Dienstag nachmittag gegen ½3 Uhr, kurz nach der Beendigung des Nachmittags-Trauergottesdienstes, vor der russischen Botschaft vor und weilte bei dem Botschafter ungefähr ¾ Stunden.

Die Linksliberalen und der Block.

Der erste Vorsitzende des liberalen Vereins für Dresden und Umgegend, Dr. K. v. Mangoldt, veröffentlicht im „B. T." nachstehende Erklärung:

Der Vorstand des liberalen Vereins für Dresden und Umgegend, der bisher für Beteiligung der drei linksliberalen Parteien an der Blockpolitik gewesen ist, erklärt in seiner Sitzung vom 13. Januar einstimmig, daß nach der Stellungnahme der preußischen Regierung und der Konservativen zur Wahlrechtsfrage ein längeres Verweilen der drei linksliberalen Parteien im Block mit der Würde und den Aussichten des Liberalismus absolut unvereinbar ist und fordert daher den sofortigen Austritt der letztgenannten Parteien aus dem Block, ohne Rücksicht auf das Schicksal der dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfe.

Herr Dr. Strunk, Vorsitzender des Agitationsausschusses des Vereins der Freisinnigen an der Unterweser, veröffentlicht im „B. T." die nachstehende Resolution:

„Die am 12. Januar in Bremerhaven versammelten Vertrauensmänner der vereinigten Linksliberalen der Herzogtümer Bremen und Verden erklären: Die von dem preußischen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause abgegebene Regierungserklärung zum freisinnigen Wahlrechtsantrag zeigt mit vollster Deutlichkeit, daß die Linksliberalen vom Fürsten Bülow auch nicht das bescheidenste Zugeständnis, nicht einmal das der geheimen Stimmabgabe, zu erwarten haben. Sie protestieren auf das entschiedenste gegen eine derartige Brüskierung der Volksrechte."

Aus Nürnberg wird dem „B. T." telegraphiert:

Die Generalversammlung des demokratischen Vereins Nürnberg faßte nach einem Referat des Redakteurs Stelzner und einer lebhaften Erörterung folgende Resolution:

Die Stellungnahme des Reichskanzlers als preußischer Ministerpräsident gelegentlich der Wahlrechtsdebatte im preußischen Landtage hat endlich zur Evidenz gezeigt, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Reichsregierung in Wahrheit nicht gewillt ist, den einfachsten liberalen Grundsätzen Rechnung zu tragen. Deshalb richtet die Generalversammlung an die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstage die dringende Bitte, aus dem Block auszuscheiden.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet:

In einer Versammlung des demokratischen Vereins Frankfurt wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung des Frankfurter demokratischen Vereins mißbilligt aufs schärfste die vom Ministerpräsidenten Fürsten Bülow namens der Staatsregierung im preußischen Landtage abgegebene Erklärung über die Wahlrechtsfrage und erwartet von den linksliberalen Fraktionen, daß sie den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht und für das allgemeine Wahlrecht in Preußen ohne Rücksicht auf die Blockpolitik im Reiche mit allem Nachdruck fortsetzen. Die Versammlung hat nach der Erklärung des Reichskanzlers kein Vertrauen mehr dazu, daß er wirklich liberale Forderungen durchzusetzen bestrebt ist. Sie erwartet, daß nunmehr alle zusammengehen, die das gleiche Ziel der Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen haben."

Auf eine Mittelmeerreise des Kaisers

deutet nachstehende Mitteilung hin, die der „Voss. Ztg." aus Kiel zugeht:

An der Kaiserjacht „Hohenzollern" sollen die auf der Kieler Reichswerft vorgenommenen Umbauten und Instandsetzungsarbeiten so beschleunigt werden, daß sie bis zum 10. Februar beendigt sind. An diesem Tage hat das Schiff die Werft zu verlassen und auf dem Strome zu ankern, und am 26. Februar zum Auslaufen bereit zu sein. Da für die „Hohenzollern" ein längerer Aufenthalt in Genua vorgesehen ist und sie dort auch erst ihren neuen Anstrich erhält, ist darauf zu schließen, daß sich der Kaiser erst in Genua an Bord seiner Jacht einschiffen wird.

Der Seniorenkonvent des Reichstags,

der gestern vor der Plenarsitzung zusammentrat, ist übereingekommen, während der nächsten Tage die dem Hause vorliegenden Interpellationen (Knappschaftswesen, Poleninterpellation, sozialdemokratische betr. die preußische Wahlrechtsfrage) auf die Tagesordnung zu setzen und Plenarsitzungen an folgenden Tagen nicht stattfinden zu lassen; vom 25. bis einschl. 28. Januar, vom 8. bis 10. Februar, vom 22. bis 24. Februar, vom 7. bis 9. März, vom 21. bis 23. März.

Zur Enteignungsvorlage.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat gestern vormittag noch einmal zu den Enteignungsbestimmungen der Polenvorlage Stellung genommen und beschlossen: für die zweite Lesung den Antrag zu stellen, daß die Regierungsvorlage insofern wieder hergestellt wird, als die Enteignung in den gesamten Provinzen Posen und Westpreußen vorgenommen werden darf, daß aber in beiden Provinzen zusammen höchstens ein Areal von 70 000 Hekt. enteignet werden darf.

Das Ostseeproblem.

Nach authentischer Information nehmen an der Herbeiführung einer Entente über die Erhaltung des status quo der Ostsee alle geographisch in Frage kommenden Mächte teil.

Der Vorstand der konservativen Reichstagsfraktion.

Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages wählte in ihrer gestrigen Abendsitzung zum Vorsitzenden den Abg. v. Normann, zum Stellvertreter des Vorsitzenden den Abg. Frhr. v. Richthofen, zu Mitgliedern des Vorstandes der Fraktion die Abg. Dietrich, Dr. v. Heydebrand, Graf Kanitz und v. Staudy.

Zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie.

Bei der Besprechung des Zentrumsantrages in der Budgetkommission, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Denkschrift über Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und der reitenden Artillerie vorzulegen, führte der Kriegsminister aus, er glaube nicht, daß die Frage in nächster Zeit im Sinne der Antragsteller zu lösen sei. Die Erfahrungen in Frankreich verlockten nicht zur Nachahmung. Der militärische Geist in der Kavallerie sei ganz vorzüglich. Der Antrag Roske, der das Milizheer anstrebt, sei ganz unmöglich, weil die Miliz überall da versagt hat, wo sie bestanden hätte, außerdem würde sie teurer sein, als unsere Armee. Das beweise England und die Schweiz.

Gegen das Branntweinmonopol.

Der Verein der Großdestillateure Ostdeutschlands in Königsberg hat der „Frkf. Ztg." zufolge eine Resolution gegen jede Form eines Branntweinmonopols einstimmig angenommen.

Allgemeine Mitteilungen.

— Das militärgerichtliche Verfahren gegen den Grafen Lynar beginnt in Berlin im Militärgerichtsgebäude in der Lehrterstraße am 22. Januar. Es sind viele Zeugen geladen.

Aus deutschen Parlamenten.

— Im Reichstag kündigte der Staatssekretär des Innern an, daß eine Novelle zum Münzgesetz bereits vorbereitet sei, demnächst dem Bundesrat zugehe und hoffentlich noch in dieser Session zur Verabschiedung kommen werde.

— Die Wahlprüfungskommission beanstandete die Wahl des Abg. Labroise (Unabh. Lothr.).

Bergbau.

Gestern fand in Berlin unter Vorsitz von Geheimen Bergrat Dr. Weidtmann-Aachen die erste Hauptversammlung der neu begründeten knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit statt. Bis jetzt sind dieser Anstalt 29 preußische Knappschaftsvereine endgültig beigetreten, die im Jahre 1906 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 186 911 hatten. 2 weitere Knappschaftsvereine mit 2636 Mitgliedern haben ihren Beitritt in Aussicht gestellt, so daß der Anstalt dann 31 Vereine mit 189 547 Mitgliedern angehören werden. In der gestrigen Hauptversammlung wurden nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten die durch die Satzung vorgeschriebenen Wahlen des Aufsichtsrates und des Rechnungsausschusses vorgenommen. Nach Schluß der Hauptversammlung trat der gewählte Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammen, in welcher Geheimer Bergrat Dr. Weidtmann zu Schloß Rahe bei Aachen zum Vorsitzenden, Bergrat Boltze zu Clausthal zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080115010/fragment/page=0001

ersten Stellvertreter und Bergwerksdirektor v. Weyhe zu Georgsmarienhütte zum zweiten Stellvertreter gewählt wurden.

Hochschulnachrichten.

— Im preußischen Kultusministerium ist das bisher vom Ministerialdirektor Dr. Naumann verwaltete Referat der äußeren Angelegenheiten der Universitäten auf den Geh. Ober-Regierungsrat und vortragenden Rat Hermann Steinmetz übergegangen.

Heer und Flotte.

— Die deutsche Hochseeflotte wird im Februar d. J. eine vierwöchige, nach den spanischen Gewässern führende Reise antreten.

— Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffsvereins „Großherzogin Elisabeth" ist am 9. Januar wohlbehalten in Puerto Capello angekommen und wird am 15. Januar nach Habana weitersegeln.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 14. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Grafen Kanitz (kons.):

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um den Unzuträglichkeiten zu begegnen, die sich aus der jetzigen Höhe des Bankdiskonts ergeben?

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Graf Kanitz weist unter großer Heiterkeit darauf hin, daß die Interpellation, die im November eingebracht wurde, gerade heute Beantwortung finde, einen Tag nach Herabsetzung des Diskonts. Der Zeitpunkt sei also von der Regierung sehr vorsorglich gewählt, aber deshalb sei den Interpellanten doch nicht die Butter vom Brote genommen. Graf Kanitz gibt zu, daß der Wechsel in der Leitung der Reichsbank die Versöhnung erkläre, und knüpft daran warme Worte für den aus dem Amt geschiedenen Präsidenten Dr. Koch, die mit Beifall begleitet wurden. Wenn er, Redner, auch nicht in allen Fragen jenem habe beistimmen können, so müsse er ihm doch die Anerkennung für den Arbeitseifer aussprechen, mit dem er die Reichsbank so geleitet habe, daß sie ihren Aufgaben gerecht wurde. Dr. Kochs Verdienste würden unvergessen bleiben. Er hoffe, daß der Beifall, den seine Worte im Hause geerntet hätten, auch draußen Widerhall finden würde. Hierauf wandte sich Redner dem Gegenstand der Interpellation zu. Nicht so sehr der hohe Diskont an sich, als vielmehr die begleitenden Umstände seien gefährlich, weil sie einen internationalen Charakter trügen. Die Krisis sei nicht durch Ueberproduktion, sondern durch allgemeine Geldknappheit hervorgerufen worden. Redner bespricht weiter die Wirkungen des hohen Diskonts auf den Arbeitsmarkt und den Geldmarkt, erörtert im Anschluß daran die Krisis in den Vereinigten Staaten und geht den Ursachen der Geldknappheit in Deutschland nach. Es handle sich um einen Kampf ums Gold. Die Goldwährung habe eine Erhöhung des Goldbedarfs zur Folge, und um diesen zu befriedigen, müsse die Reichsbank die Diskontschraube anziehen. Ohne die Währung zu tangieren, könne man die Summen, die in Silber gezahlt werden, von 20 auf 1000 Mark erhöhen, das würde, wie er in Uebereinstimmung mit dem Abg. Dr. Arendt annehme, genügen. Auch müsse die Silberquote wenigstens auf 25 Mark pro Kopf der Bevölkerung erhöht werden. Redner schließt unter lebhaftem Beifall der Rechten mit der Bemerkung: „Wir müssen eine silberne Mauer um unseren Goldschatz ziehen."

Staatssekretär des Innern **von Bethmann-Hollweg** erklärt, die Festsetzung des Termins für die Beantwortung der Interpellation stehe mit der Herabsetzung des Diskonts in gar keinem Zusammenhang. Die Herabsetzung sei möglich gewesen, weil die Spannung nachgelassen habe. Deutschland sei während der Krisis gesund geblieben, und das habe es hauptsächlich den vorzüglichen Grundlagen unseres Bank- und Münzsystems zu danken. Aber wenn auch die Grundpfeiler erhalten werden müßten, so müsse man doch in eine Prüfung eintreten, ob nicht Verbesserungen im einzelnen möglich seien. Dazu solle die in Aussicht genommene Enquete dienen. Sie werde aber nichts umfassen, was heute schon klar sei. Eine Novelle zum Münzgesetz behufs Vermehrung der Silbermünzen sei bereits in Vorbereitung. Die Enquete werde sich beispielsweise mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nicht die Zahlkraft des Silbers wie in unseren Nachbarländern bei voller Wahrung des Charakters der Silbermünzen als Scheidemünze erhöht werden könne. Der Staatssekretär führt eine Reihe von Fragen an, die der Prüfung unterworfen werden sollen, überläßt aber die nähere Erörterung dem Präsidenten Havenstein.

Auf Antrag von **Normann** (kons.) erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. **Weber** (nl.) hebt hervor, daß nicht die Goldwährung an der Steigung des Bankdiskonts schuld sei, sondern allein die industrielle Entwickelung. Mit einem Megfall der Notensteuer sei er einverstanden, aber nicht mit einer Verstaatlichung der Reichsbank. Mit unserem Geldbestande seien wir nicht schlechter dran als andere Staaten. Durch die Einführung des Scheckgesetzes und des Postscheckwesens würden unsere Verhältnisse wesentlich gebessert werden. Mit der ewigen Anleihewirtschaft gehe es wirklich nicht weiter, sie wirke auch auf unseren Diskontsatz.

Reichsbankpräsident **Havenstein** erklärt nach einem Rückblick auf die Verdienste seines Amtsvorgängers, daß er vorurteilsfrei alle Mittel und Wege prüfen werde, um zu einem normalen Diskont zu kommen. Die Verhältnisse in Frankreich seien durchaus nicht besser als in Deutschland. Das Schicksal, sich gegen den normalen amerikanischen Goldhunger durch Diskonterhöhung wehren zu müssen, haben mit unserer Reichsbank auch alle anderen Staatsbanken, ausgenommen die in Frankreich geteilt. Hilfe schafft nur ein gutes Kreditsystem und eine elastische Bankordnung. Es sei zu hoffen, daß nach dieser Richtung man auch in Amerika sich die letzten Vorgänge werde zur Warnung dienen lassen. Um unser wirtschaftliches Leben gesunden zu lassen, müsse vor allem weitgehendste Sparsamkeit geübt werden. Der Redner beleuchtet die finanz-wirtschaftlichen Verhältnisse und sagt eingehende Prüfung aller Vorschläge zu.

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.) wendet sich mit großer Schärfe gegen den Bimetallismus. Man könne nicht genug rühmen, daß unser Geldwesen und unser Geldmarkt den amerikanischen Ansturm so ausgehalten habe. Man dürfe unserer Währung aus diesem Ansturm daher nicht einen Strick drehen wollen. Bei einer vermehrten Ausgabe von Scheidemünzen dürfe nur das Verkehrsbedürfnis entscheidend sein. Einer anderen Politik müsse entschieden entgegengetreten werden müssen. Die Forderung, die Zahlkraft des Silbers von 20 auf 1000 Mk. zu erhöhen, sei offener Bimetallismus. Durch solche Maßnahmen würde man unsere Währung verschlechtern. Die Einführung des Scheckverkehrs und besonders des Postscheckwesens würde segensreich wirken. Die ländlichen Genossenschaften sollten Patriotismus genug haben, ihre Bedenken fallen zu lassen. Eine gesunde Finanzpolitik sei aber nicht eher zu erwarten, ehe nicht unsere ganze Wirtschaftspolitik geändert werde. (Beifall links.)

Abg. Freiherr von Gamp (Rp.) verteidigt die bestehende Wirtschaftspolitik. Er wünscht eine größere Nutzbarmachung der Reichsbank für den Kredit des Landes und empfiehlt, die Leiter der provinziellen Reichsbankstellen nicht auf Tantiemen, sondern nur auf festes Gehalt zu setzen, damit sie nicht auch in kritischen Lagen Geschäfte machen.

Darauf vertagt sich das Haus. Weiterbesprechung Mittwoch 1 Uhr. Dann Poleninterpellation über Enteignung, sowie Knappschaftsinterpellationen.

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 14. Januar.

Am Ministertische: v. Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, Delbrück, Holle, v. Moltke, v. Arnim.

Erste Lesung des Etats.

Abg. **Herold** (Ztr.) geht zunächst auf den Eisenbahnetat ein und verteidigt den Finanzminister gegen die gestrigen Angriffe des Abg. Dr. Friedberg. Die Abwanderung der Reisenden in die unteren Wagenklassen sei mehr auf die bessere Ausstattung dieser Klassen als auf die Fahrkartensteuer und die Tarifreform zurückzuführen. Die Erhöhung der Einkommensteuer könne man dies Jahr vermeiden, wenn man den Fehlbetrag des Extraordinariums auf Anleihe nehme. Die Reichsfinanzreform streifend erklärte der Redner, da das Zentrum im Reiche ausgeschaltet sei, habe es keine Veranlassung, sich in dieser Frage aufzuregen, und ausdrängen werde es sich nicht. Die Angriffe des Abg. Dr. Friedberg gegen die Souveränität der Einzelstaaten seien höchst bedauerlich. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Der Redner geht dann auf die Kohlenteuerung ein und fordert, wenn das Kohlensyndikat auch weiterhin den Preis künstlich hoch halte, eventuell auch ein Kohlenausfuhrverbot als Gegenmaßregel. Die Landwirtschaft sei erfreulicherweise vorwärts gekommen, aber der Arbeitermangel laste schwer auf ihr. Der Appell des Finanzministers zur Sparsamkeit hätte bei allen Parteien Anklang gefunden. Aber soweit die Kommunen in Frage kämen, würden sie doch gerade von der Regierung gegen ihren Willen zu Ausgaben gezwungen. Die Beamten, insbesondere die höheren, sollten durch sparsame Lebenshaltung den übrigen Ständen ein gutes Beispiel geben. Der Redner wendet sich dann gegen die Reglementier- und Schablonisersucht der Bureaukratie, gegen ihre Eingriffe in die Selbstverwaltung, die die Initiative gerade der besten bürgerlichen Kräfte lähmten. Die Ankündigung der Regierung, daß an eine Trennung von Kirche und Schule nicht zu denken sei, begrüßte er aufrichtig; aber es werde auf die praktische Ausführung dieses Grundsatzes ankommen. Wenn die hauptamtliche Schulaufsicht gefordert werde, so stehe es doch mit dieser Forderung keineswegs im Widerspruch, wenn man Geistliche im Hauptamt mit der Schulaufsicht betraue. Er nehme an, daß die Regierung, wenn sie beim Mangel geeigneter Schulmänner die Uebertragung der Ortsschulaufsicht an „vertrauenswerte Persönlichkeiten" ankündige, darunter die Geistlichen verstehe. An der geistlichen Lokalschulinspektion halten wir unbedingt fest. Nachdem der Redner kurz die Polenvorlage — die wichtigste Vorlage seit Dezennien, weil sie die Enteignung bringe — gestreift, geht er auf die Wahlrechtsfrage ein. Der Freisinn lasse sich an den völlig negativen Erklärungen des Fürsten Bülow genügen — eine der vielen wunderbaren Wirkungen der intimen Beziehungen des Freisinns zum Ministerpräsidenten. (Heiterkeit im Zentrum.) Warum haben die Nationalliberalen nicht mit uns für den ersten Teil des freisinnigen Wahlrechtsantrages gestimmt? Weil sie nicht wie wir das gleiche Wahlrecht wollen! (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Redner geht dann auf die Vorgänge im Flottenverein ein, erinnert an die Beziehungen zwischen dem Fürsten Bülow und dem General Keim bei den letzten Wahlen und an die jetzige Verurteilung des politischen Treibens des Helfers Bülows durch höhergestellte Personen. Ob die Blockpolitik Bülows auch auf Preußen ausgedehnt werden soll, darüber seien sich die Blockgelehrten noch nicht einig. Der Blockvater habe den Block ermahnt, einig zu sein und sich das Zentrum zum Vorbild zu nehmen. Das heiße doch: „Treibt Zentrumspolitik!" (Heiterkeit.) Das Zentrum aber, wenn es auch jetzt ausgeschaltet sei, werde bleiben, was es ist: der feste Pol in unserer staatlichen Entwickelung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Der Herr Finanzminister schloß seine gestrigen Ausführungen mit der Mahnung, an den bewährten Grundsätzen der Etatsaufstellung nicht zu rütteln. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Grundsätze der Etatsaufstellung sich bewährt haben und ich habe das wiederholt hier ausgesprochen. Ich empfinde eine gewisse Genugtuung darüber, daß bei der gegenwärtigen Beratung auch die Vertreter anderer Parteien die Grundlagen der Etatsaufstellung kritisiert haben. Auch der Herr Vorredner hat, wenn auch sehr zurückhaltend, dem gleichen Gedanken Ausdruck gegeben. Tatsächlich sind in der Finanzaufstellung Fehler-Quellen vorhanden. Sie liegen in der allzu vorsichtigen Schätzung der Einnahmen oder der allzu geringen Bemessung der Ausgaben. Der Finanzminister hat das Jahr 1906 als ein besonders günstiges bezeichnet. Bei seiner damaligen Etatsrede teilte er zunächst mit, daß es nur einen Ueberschuß von 14,5 Millionen ergeben werde. Im vorigen Jahre führte er aus, der Ueberschuß für 1906 werde nicht unter 30 Millionen bleiben. Darauf erwiderte ich, daß ich einen weit höheren Ueberschuß voraussetze. Tatsächlich ist das auch eingetreten, denn der Finanzminister hat mitgeteilt, daß aus dem Ueberschuß von 1906 u. a. 50 Millionen zur Verstärkung des Betriebsmittelfonds entnommen worden seien, so daß tatsächlich das Jahr 1906 mit einem Ueberschuß von rund 80 Millionen abgeschlossen hat. Das ist doch etwas mehr, als der Herr Finanzminister geschätzt hat. Von dem Herrn Finanzminister wie von den Rednern des Hauses ist die ungünstige Entwicklung des Jahres 1907 besprochen worden. Ich kann mich in vielen Punkten den Ausführungen des Frhrn. v. Zedlitz und des Dr. Friedberg anschließen und will da nicht unnütz wiederholen. Der Eisenbahnminister legte dar, was die Schwankungen in den Ergebnissen der Eisenbahnverwaltung hervorgerufen habe: die erhöhten Arbeitslöhne, die gesteigerten Kosten für den Oberbau, die Preissteigerung der Materialien. Wir teilen nicht die Auffassung, daß die Eisenbahnverwaltung jetzt unwirtschaftlich verfahre. Die Mehrausgaben liegen in den verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß es sich bei den Mehrausgaben zum erheblichen Teil auch um

die Folgen der Zoll- und Teuerungspolitik

handelt. (Sehr richtig! links.) Wir haben auch im Reichstage erhebliche Mehrausgaben für Heer und Flotte zu konstatieren. In Preußen tritt dies Bild um so schärfer hervor, weil es sich um ganz andere Summen handelt. Der Staat hat durch seine Wirtschafts- und Zollpolitik eine Verteuerung auf der ganzen Linie herbeigeführt, mit der Wirkung, daß verschiedene Vorteile zugeführt wurden, aber die direkte Folge ist, daß Reich und Staat gezwungen sind, viele Millionen mehr aufzuwenden. Die ganze finanzielle Entwicklung Preußens ist dadurch ungünstig beeinflußt worden. (Sehr wahr! links.) Aus der Denkschrift zum Etat ersehen wir, daß die Vorliebe für die Zölle auch in der Bezeichnung der Steuerbeamten jetzt zum Ausdruck gelangt. Die Steuerämter werden in Hauptzollämter umgewandelt, es wird künftig Zollaufseher, Zollsekretäre usw. geben. Schließlich ist man um eine richtige Bezeichnung in Verlegenheit gekommen. Es heißt in der Denkschrift: „Für die Vorsteher der Oberzolldirektionen bleibt ein geeigneter Titel vorbehalten." Man fühlt ordentlich, welche Kopfschmerzen es der Verwaltung macht, einen geeigneten Titel zu finden. Der Titel „Zolldirektor" klingt vielleicht nicht genug. Die Verwaltung könnte sich da ein Beispiel an der Generallotteriedirektion nehmen. Sie ersehen aus dem Etat, daß hier der Titel „Vorsteher" in „Präsident" umgewandelt ist, eine Umwandlung, deren Notwendigkeit nachzuweisen der Herr Finanzminister leider unterlassen hat. „Generaloberzolldirektionspräsident", das würde vielleicht der geeignete Titel für die Oberzolldirektoren sein. (Große Heiterkeit.) Der Herr Finanzminister hat von dem großen Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen, aber auch zugegeben, daß eine gewisse Abflauung eingetreten ist.

Angesichts seiner Sparsamkeitsmahnung müsse gerade die Regierung ersucht werden, auf die Verminderung der dem Beamten selbst lästigen Repräsentation hinzuwirken. Der Posten von einer halben Million für Pferderennen im landwirtschaftlichen Etat sei bei der jetzigen Finanzebbe doppelt befremdlich und dreifach befremdlich, wenn man hört, daß im Etat noch außerdem für Pferderennen 1 781 600 Mk. gefordert werden! Das ist der vorjährige Betrag! Und in diesem Jahre des Finanzmangels hat man noch eine halbe Million mehr für die Rennen übrig? Wenn jetzt infolge der Beamtenbesoldungs-Verbesserungen die Ausgaben plötzlich emporschnellten, so sei das die Folge langjähriger Versäumnisse in dieser Beziehung, seine Partei sei schon seit Jahren für die Verbesserung der Beamtengehälter eingetreten. Eine Erhöhung der Einkommensteuer sei einstweilen noch nicht nötig. Man schaffe die Fahrkartensteuer ab, dann würden die Eisenbahneinnahmen wieder steigen und der Fehlbetrag sich vermindern. Wenigstens sollte man zunächst die starke Spannung der Steuersätze zwischen der ersten und zweiten Klasse und der dritten Klasse beseitigen, bis für das Reich ein Ersatz für die Fahrkartensteuer geschaffen ist. Der Redner führt dann die gesamte mißliche Finanzlage auf das Zentrum zurück, und tritt für direkte Reichssteuern ein, die die Souveränität der Einzelstaaten nicht beeinträchtigten. Eine Reichsfinanzreform mittels indirekter Steuern oder Monopole sei wertlos; mit den Freikonservativen und Nationalliberalen sei auch er für eine Vertagung der Finanzreform, damit nicht wieder ein Flickwerk entstände. Der Justizminister solle auf möglichst schleunige Einbringung der Prozeßreformvorlagen im Reichstage dringen. Bei der Strafprozeßreform sollen nicht nur die Forderungen der Anwaltskammer, sondern auch die Lehren des Hardenprozesses berücksichtigt werden. Das Verfahren der Oberstaatsanwaltschaft das zur zweiten Verhandlung geführt habe, sei höchst angreifbar. Im Anschluß an den Wechsel im Berliner Polizeipräsidium bekämpft der Redner die Vielregiererei und die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung durch den Staat. Zur Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow äußert Redner, die Versicherung des Fürsten, die Regierung habe sich von jeher bei den Wahlen streng neutral verhalten, nehme sich wie ein Spott aus. Die Aera Studt sei kein Ruhmesblatt in der Preußischen Kulturgeschichte. (Lebhafter Widerspruch rechts und im Zentrum.) Das Volksschulgesetz sei der größte Erfolg des Zentrums und ganz vom Zentrumsgeist erfüllt. Der Redner geht dann auf die Schulaufsichtsfrage ein und verlangt überall fachmännische Schulaufsicht. Gegen ein Pfarrbesetzungsrecht nach den Beschlüssen der Generalsynode lege seine Partei nachdrücklichen Protest ein.

Als Fürst Bülow die Blockpolitik einleitete, erklärte er, der Liberalismus müsse als gleichberechtigter politischer Faktor behandelt werden. Unter dieser Voraussetzung haben wir beschlossen, die Blockpolitik im Reiche mitzumachen. Nun kam die Erklärung der preußischen Regierung zu unserem Wahlrechtsantrag. Ich bedaure diese Erklärung aufs allerlebhafteste und ich bin beauftragt, namens der freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses die Erklärung der Regierung als eine völlig unzureichende Antwort auf unseren Antrag zu bezeichnen, und die 50 Kollegen der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft im Reichstage schließen sich dieser Erklärung vollinhaltlich an. Die Regierungserklärung zeigt neben mangelndem Inhalt auch eine unglückliche Form — (Lebh. Beifall links), eine Form, die ihr den Charakter nicht eines Entgegenkommens, sondern einer Brüskierung der liberalen Parteien gibt. (Lebh. Beifall links.) Ihr Eindruck im Lande ist sehr ungünstig (Lebh. Widerspruch rechts, Zustimmung links), vornehmlich auch der schroff abweisenden Haltung der Konservativen. Der Redner betont dann, daß die Ablehnung des Wahlrechtsantrages der Erklärung des Fürsten Bülow, dem Mittelstand müsse der maßgebende Einfluß auf die Wahlen gesichert werden, völlig widerspreche. Zum Schluß wendet sich Dr. Wiemer unter wiederholtem lebhaftem Beifall der Linken und ebenso lebhaftem Widerspruch der Rechten gegen die Konservativen und die zweispältige Haltung der Regierung im Reiche und in Preußen. Der Freisinn werde die Mehrheitspolitik im Reichstage weiter mitmachen aus nationalen Gründen, aber um keine Handbreit von dem Wege weichen, der zum Reichswahlrecht für Preußen führe (anhaltender Beifall links, Lachen und Widerspruch rechts.)

Finanzminister **v. Rheinbaben** erklärt, die Wahlrechtsfrage gehe ihn hier garnichts an. Daß die jetzigen Handelsverträge unsere Volkswirtschaft und damit den Etat ungünstig beeinflussen, bestritt der Minister. Die Schutzzollpolitik sei für uns eine Notwendigkeit. Davon, daß die Beamten von oben her zur Repräsentation angehalten würden, sei nicht die Rede; wohl aber stellten sie selbst zu große Luxusansprüche. Der Minister verteidigt dann den Posten für Pferderennen und bekämpft den Gedanken direkter Reichssteuern. Die indirekten Steuern seien in keinem anderen Kulturlande so niedrig wie im Deutschen Reiche. Ohne die indirekte Besteuerung des Tabaks, des Branntweins, des Bieres, also dreier mehr als Genuß- denn als Nahrungsmittel zu betrachtenden Stoffe, sei die notwendige Reichsfinanzreform nicht zu machen. Der Minister bestreitet dann, daß die Neubesetzung des Berliner Polizeipräsidiums mit dem Hardenprozeß zusammenhänge, und nimmt unter lebhaftem Beifall der Rechten den Minister Studt gegen Dr. Wiemer in Schutz.

Justizminister **Beseler** erklärt, mit Rücksicht auf die Weiterführung des Hardenprozesses könne er sich über das Verfahren der Staatsanwaltschaft nicht äußern, und bespricht dann die Vorlage betr. die Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens. Dieser Entwurf werde entsprechend den seit seiner Veröffentlichung laut gewordenen Bedenken wohl noch umgewandelt werden.

Abg. **Stychel** (Pole) trägt die bekannten Klagen der Polen über Ausnahmegesetze vor.

Das Haus vertagt sich. **Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080115010/fragment/page=0002

Ausland.

Die Franzosen in Marokko.

Der französische General Damade ist an der Spitze von 3000 Mann gestern in Rabat eingetroffen

Zum Bau des Panamakanals

wozu bereits 320 Millionen Mark verausgabt sind, wird vom Kongreß der Vereinigten Staaten noch die Bewilligung weiterer 400—600 Millionen gefordert werden.

Ein Kurdenüberfall in Persien.

Aus Miandoab in Persien wird vom 11. ds. ein Kurdenüberfall auf einen von 300 Reitern begleiteten für den Prinzen Ferman in Sodjbuiak bestimmten Transport gemeldet. Die Perser mußten den Transport preisgeben und sich zurückziehen. An demselben Tage überfielen mehrere Kurdenstämme Sodjbulak und schlossen den Prinzen ein, den, wie der Kurdenführer Bajazidaga erklärt, Farid-Pascha aus Sodjbulak zu entfernen befohlen habe. Auch auf Miandoab bereiten die Kurden einen Ueberfall vor. In der Umgebung dieses Ortes gibt es schon viele verwüstete und verbrannte Ortschaften.

Eine Ministerkrisis in Japan.

Wie aus Tokio gemeldet wird, sind Finanzminister Sakatani und Verkehrsminister Yamagata aus dem Kabinett ausgeschieden. Auch Ministerpräsident Marquis Saionji hat seine Demission an, die aber abgelehnt wurde. Die Ministerkrisis wurde, wie man glaubt, durch Budgetdifferenzen verursacht.

Halle und Umgebung.

Halle, 15. Januar.

Ein Opfer der Stadtbahn.

Wo bleiben Sicherheitsvorrichtungen?

In der Torstraße hat gestern Nachmittag ein junges Menschenkind mitten im fröhlichen Spiel sein Leben lassen müssen: es wurde ein Opfer der Stadtbahn.

Das 7jährige Töchterchen der Tischlerfamilie Eilfeld spielte dort mit einer Schar gleichaltriger Kinder auf der Straße. Ein Geschirr kam einhergefahren und die kleine Gesellschaft stob rasch auseinander, vom Fahrdamm auf den Bürgersteig. Fast mit dem Geschirr zusammen langte dort ein Wagen der Stadtbahn an. Die kleine Eilfeld sah den Wagen dicht vor sich, als sie gerade die Gleise querte, und blieb vor Schreck wie angewurzelt stehen. Der Wagen war auf die kurze Entfernung nicht mehr zu halten: das unglückliche Kind geriet unter den Vorderperron und wurde augenblicks totgedrückt. Den Führer, den nach Versicherung von Augenzeugen keine Schuld treffen soll, war über das gräßliche Unglück wie gelähmt; er mußte sofort abgelöst werden. Groß ist der Schmerz der unglücklichen Familie, deren einziges Töchterchen auf so furchtbare Weise jäh zu Tode kam. Der Motorwagenführer ist derselbe, der schon im vorigen Sommer in der Delißschersstraße das Malheur hatte, daß zwei Kinder, hinter einem Holzwagen hervorspringend, unter seinen Wagen kamen und schwer verletzt wurden. Die Untersuchung stellte damals seine Schuldlosigkeit fest.

Die Oeffentlichkeit aber kann an dem traurigen Unfall nicht vorübergehen, ohne erneut die Frage aufzuwerfen: Ist in unserer Straßenbahn-Einrichtung alles geschehen, Unfälle nach Möglichkeit zu vermeiden? Die Antwort kann leider nur „Nein" lauten.

Wir erinnern nur, daß vor einiger Zeit unserer Stadtverwaltung eine patentamtlich geschützte Einrichtung für Straßenbahnwagen angeboten wurde, die zur Vermeidung von Unfällen dienen sollte. Die städtischen Behörden konnten nicht weiter darauf eingehen; man empfahl aber, die Direktionen unserer Straßenbahnen möchten sich mit der Sache beschäftigen. Wenn wir nicht irren, wurden die betreffenden Prospekte auch der Straßenbahndeputation zugänglich gemacht. Dann hat man von der Angelegenheit nichts wieder gehört. Tatsache ist, daß in einigen andern Städten solche Einrichtungen, Fangvorrichtungen, bereits seit längerm praktisch erprobt sind und sich auch bis zum gewissen Grade bewährt haben. Es wäre die höchste Zeit, daß auch unser in mancher Beziehung recht rückständiges Straßenbahnwesen sich mit der Neuerung vertraut machte. Vielleicht ergreift die Straßenbahndeputation die Initiative und nimmt mal die Sache energisch in die Hand. Des Dankes der Allgemeinheit dürfte sie sicher sein. Die Frage ist doch wirklich wichtig genug, daß man allen Ernst daran setzen müßte.

Bei dieser Gelegenheit könnte noch ein anderer Punkt geprüft werden: ob sich nicht eine Heizung der Wagen durchführen lasse.

Vielleicht erwirbt sich aus unserm Leserkreis dieser oder jener Fachmann das Verdienst um die Allgemeinheit und teilt dem Publikum sowohl über diesen Punkt wie namentlich über den Stand der Sicherheitsvorrichtungen seine Erfahrungen mit. Wir werden gern dafür unsere Spalten öffnen.

Populärwissenschaftliche Vortragsreihen des Volksbildungsvereins.

Herr Privatdozent Dr. E. Wüst eröffnete den Kursus IV dieser Vortragsreihen. Das Gesamtthema dieses Kursus lautet: „Die Urgeschichte des Menschen", das in sechs Einzelgruppen eingeteilt ist. Als Gruppe I behandelte der Herr Vortragende zuerst: „Die Grundlage der Urgeschichte des Menschen." Er gab eine kurze Darstellung und Begründung der Deszendenztheorie, welche die Haupt-Gesichtspunkte liefert, unter denen wir heute die Urgeschichte des Menschen betrachten. Da die Deszendenztheorie Vorgänge annimmt die sich in einem langen Zeitraume abgespielt haben, ist sie nur einem Wahrscheinlichkeitsbeweise zugänglich, der zu zeigen hat, daß die in das Geltungsbereich der Theorie fallenden Tatsachen durch die Deszendenztheorie und nur durch diese eine restlose, einheitliche Erklärung finden. Dieser Wahrscheinlichkeitsbeweis ist erbracht. Für den Laien besitzt er die größte Ueberzeugungskraft, soweit er die ausgestorbenen, nur durch die Versteinerung überlieferten Lebewesen betrifft. Der Herr Vortragende besprach einige Beispiele von lückenlosen Reihen von Uebergangsformen zwischen vor- und jetztzeitlichen Lebewesen und zeigte, wie die Reihenfolge des Auftretens der Lebewesen im Verlauf der Erdgeschichte eine Folge vom minder entwickelten zum entwickelteren ist. Nach diesen Reihenfolgen wird die Erdgeschichte in folgende Zeitalter eingeteilt: das Azoische, aus dem man keine Lebewesen kennt; das Eozoische, das Zeitalter der Algen und Wirbellosen Tiere; das Paläozoische, das Zeitalter der Farne, Schachtelhalme, Schuppenbäume und Fische; das Mesozoische, das Zeitalter der Nadelhölzer, Sagopalmen und Reptilien oder Saurier und das Känozoische, das Zeitalter der ächten Palmen, Laubhölzer und Säugetiere. Das Känozoische Zeitalter zerfällt in die Tertiär- und die Quartärperiode. Zu den ganz modernen Säugetiergruppen, welche erst in der Qurtärperiode ihre Blüte erreichen, gehören neben den Faultieren, Bären, Rindern u. a. auch die Menschen. erst in der Quartärperiode ihre Blüte erreichen gehören neben in die Alluvialzeit oder geologische Gegenwart, in der sich die Lebewelt und ebenso die geographische Beschaffenheit der Erde nicht mehr wesentlich verändert hat.

Aus dem Wahrscheinlichkeitsbeweise für die Deszendenztheorie, soweit er die lebenden Organismen betrifft, wurden einige Tatsachengruppen von besonderer Ueberzeugungskraft (Embryonalentwickelung, Rudimente, Atavismen) durch Beispiele illustriert.

Die, gleich wie bei den früheren Kursen erschienene, sehr große Anzahl Zuhörer, folgte den hochinteressanten Ausführungen mit größtem Interesse und spendete am Schlusse starken Beifall. Aus diesem Ergebnis war so recht die sich immer mehr bestätigende Tatsache zu ersehen, daß der „Volksbildungsverein" auf dem richtigen Wege seins gesteckten Zieles ist: „Darbietungen nur besten Bildungs- und Belehrungsstoffes den breiten Schichten des Volkes gegen geringes Entgelt".

Geschäftsjubiläum. Heute blickt die Firma Friedrich Peileke, Möbelhandlung, Geiststraße 25, auf ihr 25jähriges Bestehen zurück. Herr Peileke hat es verstanden, sein Geschäft aus den bescheidensten kleinsten Anfängen zu seiner jetzigen Höhe zu bringen.

Die Futterstellen für Vögel, die vom Heide-Verein auch in diesem Winter wieder in größerer Anzahl in der Heide eingerichtet worden sind, erfreuen sich jetzt starken Zuspruches. Besonders gütlich tun sich die kleinen gefiederten Heidefreunde am Speck. Nicht nur die verschiedenen Meisenarten, auch die Buntspechte sprechen ihm, wie beobachtet wurde, fleißig zu. Interessant ist es, daß auch zwei Starenpärchen an den Futterstellen verkehren. Ob sich diese, die doch eigentlich als privilegierte Frühlingsboten im Januar bei uns noch gar nichts zu suchen haben, aus Versehen zu zeitig eingefunden haben, oder ob sie auf dem Zuge nach dem Süden versprengt worden sind und nun, wie das auf der Ziegelwiese seit längerer Zeit schon beobachtete Ackermännchen-Pärchen, ihr Dasein fristen, so gut es eben geht, wer kann es wissen.

Kirchenkonzert eines Blinden. Am 6. Februar d. J., abends 8 Uhr gibt der blinde Orgelvirtuose Adolf Friedrich aus Berlin in der St. Stephanuskirche hierselbst ein Konzert, verbunden mit Gesangs- und Violinvorträgen. Der Künstler veranstaltet seit einer Reihe von Jahren alljährlich ein Kirchenkonzert in Halle und dürfte wohl noch manchem in Erinnerung sein. (Siehe Inserat.)

Der Verein zur Pflege der Dicht- und Tonkunst beging am 11. d. M. im „Pfälzer Schießgraben" sein 4. Stiftungsfest mit der Aufführung des Dramas „Venus Anadyomene" von Rudolf Presber. Dargestellt wurde es von den Damen Frau Zeuner, den beiden Frl. Hurz und Frl. Scharf und den Herren Dr. Neubert-Drobisch, John, Busch, Koch, P. Krüger, Binder und Liedke unter der sachkundigen Leitung des Herrn John. Für Dilettanten war die Aufführung eine tüchtige Leistung, einzelne Szenen ließen vergessen, daß die Darsteller keine Berufsschauspieler waren. Daß die Spielenden sich an die Aufführung eines derartigen Stückes wagen und sie relativ so vollkommen bewältigen konnten, beweist, wie tüchtig der Verein in den 4 Jahren seines Bestehens gearbeitet hat.

Harzklub-Zweigverein. Am Mittwoch, den 29. Januar abends 8 Uhr findet im großen Saale der „Kaisersäle" ein Vortrags- und Projektionsabend statt, der eine Wanderung durch den Oberharz bringt und zwar mit einem Vortrage, den der Vorsitzende des Harzklubzweigvereins Magdeburg, Herr Edwin Hoffmann, übernommen hat, mit Vorführung von 115 Lichtbildern. Der Zutritt ist nur mit Einlaßkarte gestattet, die von dem Vereins-Schriftführer und Schatzmeister, Hofmusikalienhändler Reinhold Koch, Alte Promenade 1a, bei Vorzeigung der Mitgliedskarte gegen Zahlung von 10 Pfennigen pro Eintrittskarte (die nach Beschluß der letzten Hauptversammlung zur Kostendeckung zu erheben sind) verabfolgt werden. Ferner plant der Vorstand auch in diesem Winter, und zwar an einem Sonntage im Februar, einen Harz-Winterausflug mit Schlittenfahrt nach Harzburg.

Kostenlose Belehrung über wichtige Verkehrsfragen. Mit der fortschreitenden Entwicklung, Erweiterung und Steigerung des modernen Verkehrslebens wird auch die Frage immer wichtiger, wie man diesen Verkehr am besten bewältigt und zugleich den Zahrnissen und Unfällen vorbeugt, die er naturgemäß mit sich bringt. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Kraftwagen in all seinen verschiedenen Formen, der eine so große Rolle in unserem Straßenleben spielt. Nützliche Ratschläge und Winke von erfahrener Seite können auf diesem Gebiet nicht genug erteilt werden. Es ist daher ein verdienstvolles Werk des Kaiserlichen Automobil-Clubs, daß er eine kleine Broschüre „Das Automobil in Frage und Antwort für Freunde und Gegner" herausgegeben hat, die vom General-Sekretariat des Clubs (Berlin W., Leipziger Platz 16) auf Wunsch freiundkostenlos zugesandt wird. Das hübsche Heftchen ist keine leere Lob- und Verteidigungsschrift, wenn es auch die wirtschaftlichen Vorteile abwägt, die der Kraftwagen dem Kaufmann, Gewerbetreibenden, Landwirt, Arbeiter für Geschäft, Verkehr, Wohnung, Reisen, Vergnügen usw. zu bieten vermag. Der vornehmliche Wert des Schriftchens besteht darin, daß es eine ganze Reihe unentbehrlicher praktischer Hinweise enthält: für Fußgänger, Fuhrherren, Kutscher, Automobilisten, Behörden, damit ein jeder von ihnen in seiner Weise zur Vermeidung von Unfällen beiträgt. Dabei ist alle Einseitigkeit glücklich vermieden. Ernste Mahnungen und scharfe Worte treffen die Automobilisten, die unvorsichtig darauflosjagen, anstatt alle Vorschriften genau zu beobachten und aufmerksame Rücksicht gegen jeden zu üben, der sich auf öffentlichen Straßen bewegt. Mag man sich sonst zum Schnellwagen stellen wie man will: jedenfalls muß man die kleine Schrift als einen Beitrag zum Frieden und zur Verständigung zwischen den Freunden und Feinden des Automobils begrüßen. Und wenn die Automobilisten keine Opfer und keine Arbeit scheuen, um die heute noch herrschende Verwirrung im Verkehrsleben zu beseitigen, so sollte es Pflicht aller andern sein, sie in diesen allgemein nützlichen Bestrebungen zu unterstützen. Besonders Eltern und Lehrer sei die Durchsicht der Broschüre ans Herz gelegt. Wenn sie die hier erteilten Ratschläge mit den Kindern zu Hause oder in der Schule besprechen wollten, so wäre damit der öffentlichen Sicherheit ein großer Dienst erwiesen. Die geringe Mühe wird sich reichlich lohnen.

Aus dem Leserkreise.

Die nützlichen Krähen.

Dieser Tage wurde von der Ziegelwiese aus beobachtet, wie ein junger Mann auf der Peißnitz, neben den Ruderklub-Häusern nach Krähen schoß, eines dieser armen Tiere fiel auf das Eis, ein anderes in den Bäumen hinunter. Wie grausam ist es doch, die Not dieser armen Tiere noch durch das Schießen zu erhöhen, sie anzuschießen und vielleicht halbtot ihrem Schicksale zu überlassen. Hier sollten doch die Vogelschutz- und Tierschutzvereine eingreifen und die Polizei außerdem das Schießen über die Saale wegen der damit verbundenen Gefahr verbieten.

Ein Tierfreund.

Provinzialnachrichten.

Das Leipziger Kapitalverbrechen.

Wie schon gestern kurz gemeldet, ist am Dienstag vormittag die Döllin Halle verhaftet worden und zwar von dem Leipziger Wachtmeister Stelzer. Jetzt sitzt sie bereits hinter Schloß und Riegel. Ob die Döll einen Mitschuldigen hat, ob sie die Anstifterin und er der Täter ist oder ob sie ganz allein die entsetzliche Tat ausgeführt hat, wird erst die Untersuchung ergeben. Ihre Spuren wiesen anfangs nach Dresden hin. Hielt sie sich doch dort gern und oft auf! Dort muß sie auch Freunde gehabt haben. Kein Mensch konnte ahnen, daß diese lachende Person, die so gern im Kabarett Blumensäle verkehrte, eine Mörderin sei, die abends eine Schlafstätte aufsuchte, in dem ihr Opfer in verwesendem Zustand in Betten versteckt lag. Daß die Döll schon seit längerer Zeit von Gewissensbissen gequält wurde, ging aus ihrem ganzen Betragen hervor, das sie in der letzten Zeit an den Tag legte. So schlief sie niemals allein, sondern forderte abwechselnd das eine oder andere Mädchen aus dem Geschäft auf, die Nacht bei ihr zuzubringen. Die Kontoristinnen taten das auch eine Zeit lang, und es fiel ihnen auf, daß die Döll die ganze Nacht Licht brennen ließ. Anders konnte sie nach ihrer Aussage gar nicht schlafen. Das Zusammenleben mit dem Ermordeten scheint ein äußerst schlechtes gewesen zu sein. Zank und Streit waren an der Tagesordnung. Wie von verschiedenen Leuten gehört und gesehen wurde, kamen auch wiederholt Schlägereien vor, die höchstwahrscheinlich nicht von dem schwächlichen Giegler ausgegangen sind. Die Döll hat auch wiederholt und mehreren Personen gegenüber geäußert: „Demjenigen, der ihren Mann einmal tüchtig verhaue, würde sie 100 Mark bezahlen." Die Verbrecherin hat das Geld mit vollen Händen weggeworfen. So bezog sie vor einiger Zeit von der Firma Steigerwald und Kayser ein Kostüm, das weit über 1000 Mark kostet. Sie trug nur Seide.

Der Verdacht, daß an dem Giegler ein Verbrechen begangen sei, war im Hause schon lange rege. Besonders auffallend mußte es sein, daß Giegler, der dem Hauswirt die am 1. Januar fällige Miete bereits am 1. November bezahlen wollte, weil er nach seiner Angabe „gerade Geld liegen habe", damit so lange zögerte. Daß die Döll fortgesetzt in Geldnöten war, geht daraus hervor, daß sie überall im Hause und außerm Hause borgte.

Nachdem die Döll am Sonnabend verschwunden war, nahm die Kriminalpolizei nach Auffindung der Leiche sofort nach mehreren Seiten hin die Verfolgung auf. Wie jetzt bestimmt festgestellt ist, hat sich die Verfolgte vom Sonntag zum Montag in der Wohnung eines Leipziger Studenten aufgehalten. Sie trug aber nicht mehr die beschriebene Garderobe. Es wird deshalb angenommen, daß sie am Sonntag morgen noch einmal ihre Wohnung aufgesucht und die Kleidung gewechselt hat. Der Studierende, der später aus der Beschreibung in den Zeitungen ersah, mit wem er es zu tun gehabt hatte, meldete sich sofort beim Polizeiamt. Als man am Montag die nächste Spur der Döll ermittelt, die nach dem provisorischen Magdeburger Bahnhof führte, war sie bereits von dort abgefahren. Man ermittelte nun, daß sie in Begleitung eines Mannes Fahrkarten nach Halle gelöst hatte. Gestern Nacht hat die Döll nun mit einem Manne, vielleicht demselben, mit dem sie abfuhr, in Halle in einem Hotel gewohnt. Dienstag früh, als man sie dort festnehmen wollte, war sie verschwunden. Es war ihr ein zweites Mal gelungen, zu entkommen, aber am Vormittag gelang die Verhaftung. Um 3/4 Uhr traf die verhaftete Döll in Leipzig mit dem fahrplanmäßigen Personenzuge auf dem Berliner Bahnhofe ein, begleitet vom Kriminalwachtmeister Stelzer und einem Halleschen Polizisten. Vor dem Bahnhofe befanden sich große Gruppen von Menschen, darunter auch mehrere Photographen. Die Döll war bekleidet mit einem langen weißen Mantel, schwarz und grün gemustertem Kleide und mit einem weißen mit Blumen besetzten Hute. Sie trug an der rechten Hand einen Ehering. Die Verhaftung schien sie in einen halb bewußtlosen Zustand versetzt zu haben. Mittels Droschke wurde die Döll sofort nach ihrer Ankunft nach dem Pathologischen Institut gebracht und dort der Leiche gegenübergestellt, alsdann erfolgte ihre Ueberführung nach dem Untersuchungsgefängnis des Kgl. Landgerichts.

+ **Sangerhausen,** 14. Jan. Zu dem Bahnbau-Projekt Sangerhausen-Harzgerode — über das am 17. d. eine vom Bürgermeister Krause in Harzgerode einberufene Versammlung der Interessenten-Gemeinden beraten soll — schreibt die „Sangerh. Ztg.": Es handelt sich zunächst um eine allgemeine Aussprache der Bahnangelegenheit seitens der Vertreter der Gemeinden, weshalb auch von einer Einladung der Kreislandräte bezw. des Kreisdirektors in Ballenstedt vorerst abgesehen ist, da man vorher feststellen will, welches Interesse die genannten Gemeinden an dem fraglichen Bahnbau haben. Von Sangerhausen aus werden Vertreter des Magistrats und ferner die dem vor zwei Jahren zuletzt tagenden Bahnbau-Komitee Sangerhausen-Harzgerode angehörigen Herren an der Versammlung teilnehmen. Es liegt zweifellos auch im Interesse der Stadt Sangerhausen, daß eine Bahn Harzgerode-Wippra-Sangerhausen zustande kommt. Auch die Interessen von Wippra und Umgegend liegen weit mehr bei dem Projekt Wippra-Sangerhausen, als bei dem Eisleben-Wippra-Dankerode-Stolberg, welch letzteres Projekt, nebenbei gesagt, doch nicht zur Ausführung kommt. (?)

)(**Bernburg,** 14. Jan. (Der älteste Einwohner unserer Stadt,) Rentier Friedrich Schuster, ist gestern abend im hohen Alter von 97 Jahren gestorben. Er war früher Wundarzt hier, hatte eine ausgedehnte Praxis und erfreute sich weit über Bernburgs Grenzen großer Wertschätzung. Er hat, dem „Anh. Kur." zufolge, seinen Beruf bis vor ca. 12 Jahren ausgeübt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080115010/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Das Hohelied von Weimar ist ein soeben im Verlag von G. Grote in Berlin erscheinendes Festspiel von E. von Wildenbruch betitelt. das, da es nicht zur Aufführung gelangt, als literarische Festgabe betrachtet sein will und folgendes Vorwort enthält, zwischen dessen Zeilen mancherlei zu lesen ist:

Begonnen wurde dieses Gedicht am 20. November 1905, am Tage, als ich nach der zweiten Aufführung der Lieder des Euripides von Weimar nach Berlin zurückgekehrt war, beendet bis zum Februar 1906.

Es ist entstanden unter der Erinnerung an die Aufnahme, die Weimars Bewohnerschaft meinem Werke bereitet hatte; bis zu dem Augenblick, da ich die Feder wieder aus der Hand legte, hat diese Erinnerung mich nicht verlassen. Dankbarkeit hat es werden, Liebe hat es reifen lassen; um diesen Empfindungen Ausdruck zu verleihen, schrieb ich das Gedicht als Festspiel für die Eröffnung des neuen Hoftheaters. Ich schrieb es schon damals, zwei Jahre vor dem Tage, für den es bestimmt war, weil ich mir bewußt war, daß in diesen zwei Jahren kein Tag kommen konnte, wo mein Herz von tieferem Drange erfüllt sein würde, alles zu sagen, was ich über Weimar zu sagen habe.

Die Dinge sind anders gekommen. An meinen Empfindungen ändert sich dadurch nichts. All meine Verehrung für das einstige, all meine Freundschaft für das Gegenwärtige, alle Hoffnung, die ich für das künftige Weimar hege, habe ich in das Gedicht hineinzulegen versucht.

Wer seine Seele hingibt, fragt nicht, wie sie aufgenommen wird — hingeben zu dürfen, ist gut genug."

Aus der Römerzeit. Bei den Feldarbeiten in der Umgebung der antiken Stadt Aquileia werden fortwährend interessante Ueberreste aus der Römerzeit gefunden. In einem Acker fand man mehrere Graburnen mit noch sehr gut erhaltenen Gegenständen aus den letzten Jahrzehnten vor Christi Geburt. Auf dem sogenannten Grunde Violini wurde eine Gedenktafel an Quintus Veratius Vassus ans Tageslicht gebracht und bei den Ausgrabungen in der Nähe einer Mühle fand man die Ueberreste eines öffentlichen Brunnens mit den Bleirohren für die Wasserleitung. Endlich auf einem Felde der Gräfin Cassis kann man die interessanten Spuren einer römischen Straße mit einem schönen, aus regelmäßigen Steinen gebauten Trottoir und sorgfältig gebauten Wasserrinnen sehen. Die Leitung der Ausgrabungen und erwirbt die gefundenen Gegenstände für die eigenen Sammlungen.

Literarisches Preisausschreiben. Der Einsendungstermin des vom Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften unter Mitwirkung der hervorragendsten literarischen und fachmännischen Autoritäten kürzlich erlassenen Preisausschreibens zwecks Gewinnung mustergültiger Bücherlisten für Volks- und Hausbüchereien ist vom 31. Januar auf den 15. März d. J. verschoben worden. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften Berlin W. 57, Mansteinstr. 6.

Physikalischer Verein in Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. fand am Sonnabend in Gegenwart der Vertreter der Behörden und zahlreicher Gäste die Einweihung des neuen Hauses des Physikalischen Vereins statt. Als Vertreter des Kultus- und Handelsministers sowie des Oberpräsidenten war Regierungspräsident v. Meister erschienen. Oberbürgermeister Dr. Adickes teilte mit, daß die Erben von Eugen Tornow eine Stiftung in der Höhe von 470 000 Mk. für die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften gemacht haben. Die Stiftung soll zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtes dienen. Eine Reihe Auszeichnungen wurde bekannt gemacht, u. a. wurde der Dozent Dr. Deguisne zum Professor ernannt; Oberbürgermeister Dr. Adickes wurde zum Ehrenmitgliede des Physikalischen Vereins ernannt. Den Roten Adlerorden 3. Klasse erhielten Kommerzienrat Leo Gans und der Fabrikant Wilhelm B. Bonn, den Roten Adlerorden 4. Klasse Professor Eugen Hartmann und Professor Dr. K. Petersen.

Ein „Noncontemnendus". Aus Kristiania wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Ein interessanter Beitrag zum Bildungsgang Henrik Ibsens ist das Abiturientenzeugnisbes großen Dichters. Es befand sich im Besitz des Maschinisten eines bei den Kanarischen Inseln liegenden Dampfers, wo es ein norwegischer Marineoffizier erhielt, der es jetzt dem Redakteur von „Verdens Gang" zustellte. Das Zeugnis enthält folgende Zensuren: Ausarbeitung in der Muttersprache gut, lateinische Uebersetzung gut, lateinischer Stil ziemlich gut, Latein (mündlich) mittelmäßig, Griechisch schlecht, Deutsch sehr gut, Französisch gut. Religion gut, Geschichte gut, Geographie gut, Arithmetik schlecht, Geometrie gut. Auf Grund dieses Zeugnisses erhielt Ibsen der Hauptcharakter: „Non contemnendus". („Nicht zu achten.")

Dickens auf der Bühne. Aus London wird berichtet: Die erste Premiere des neuen Jahres ist eine recht geschmackvolle Bearbeitung von Dickens nachgelassenem unvollendeten Roman „Das Geheimnis von Edwin Drood", die am Sonntag Abend im His Majesty-Theater eine sehr beifällige Aufnahme fand. Der Bearbeiter, Comyns Carr, hat geschickt die dramatischen Elemente der etwas weitschweifigen Handlung herauszuheben gewußt und die rührseligen Szenen zu melodramatischen Effekten gesteigert. Die verschiedenen Fäden des Romans, die von Dickens erst angesponnen werden und deren vom Dichter geplante Verwebung sich kaum noch erraten läßt, sind geschickt zusammengefaßt und um die Gestalt des John Jasper gruppiert, während der Titelheld und seine Braut Rosa in ihrem melancholisch zarten Verhältnis zugunsten der äußeren Bühnenwirkung mehr zurücktreten. Die Aufführung, bei der Beerbohm Tree selbst die Rolle des Jasper spielte, war vorzüglich einstudiert und glänzend inszeniert.

e. **Bühnenchronik.** Im Münchener Residenztheater fand Strindbergs Einakter „Mit dem Feuer spielen" eine sehr freundliche Kistenmäckers Schauspiel „Instinkt" dagegen sehr geteilte Aufnahme — Wedekinds Drama „Musik" errang bei seiner Uraufführung im Intimen Theater in Nürnberg einen sich von Akt zu Akt steigernden, starken und unbestrittenen Erfolg. — D'Annunzios neues Drama „Il nave" fand bei seiner Uraufführung in Rom begeisterte Aufnahme. — Kapellmeister Johannes Döbber wird mit Ablauf dieser Spielzeit aus dem Verbande des Königl. Theaters von Hannover ausscheiden. Als sein Nachfolger ist Kapellmeister Julian Schmiedel vom Stadttheater zu Breslau in Aussicht genommen.

o. **Kunst-Notizen.** Der bekannte französische Maler Charles Germain Léon, ein Schüler Rousseaus und Fromentius, ist in Paris im Alter von 69 Jahren gestorben. — Die Kieler Stadtkollegien bewilligten dem Schleswig-Holsteinischen Kunstverein eine einmalige Beihilfe von 10 000 Mark.

s. **Kleine Mitteilungen.** Bodo Ebhardt, der bekannte Architekt, wird am 31. Januar d. J. in Berlin einen Vortrag über „englische und deutsche Burgen" halten, zu dem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat. Besonders erwähnenswert ist dabei die Tatsache, daß der Monarch zu diesem Vortrage dem Baumeister photographische Aufnahmen übersandt hat, die er persönlich bei seinem Aufenthalt in England gemacht hat. — Dieser Tage verschied in Friedenau bei Berlin nach kurzer Krankheit im 78. Lebensjahre Frau Johanna Schneider geb. v. Chamisso de Boncourt. Mit ihr ist das letzte der sieben in Berlin geborenen Kinder Adalbert v. Chamissos gestorben. — „Kaiser Karls Geisel", Legendenspiel von Gerhart Hauptmann, ist bei S. Fischer, Verlag, Berlin, soeben in Buchform erschienen. — Das Ritterkreuz der Ehrenlegion erhielt in Anerkennung der Vorzüge seines Buches „En Allemagne" der französische Schriftsteller Jules Huret. Eine autorisierte deutsche Uebersetzung ist im Verlage von Grethlein & Co. in Leipzig erschienen. — Der Grillparzerpreis im Betrage von 5000 Kronen wurde nach der Wiener „Allg. Ztg." Ernst v. Wildenbruch für sein Drama „Rabensteinerin" zuerkannt. — Regierungspräsident Fromme von Hildesheim ist zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für Wilhelm Busch in Mechtshausen eingetroffen und hat im Auftrage des Kaisers einen Kranz am Sarge niedergelegt.

Vermischtes.

Ein Fischdampfer gestrandet. Auf den Seehundsklippen bei Helgoland ist ein Fischdampfer gestrandet, dessen Name bisher unbekannt ist. Von Cuxhaven aus ist ein Schleppdampfer zur Hilfeleistung abgegangen.

Brandkatastrophe in einem Kinematographentheater. In Boyertown in Pennsylvania haben zwischen 50 und 75 Menschen, meist Frauen und Kinder, im Rhoades Opera House bei der Explosion eines Kinematographen ihr Leben verloren, indem sie verbrannten oder bei der unbeschreiblichen Panik niedergetreten wurden. Ueber 100 erlitten Verletzungen, viele so schwer, daß sie mit dem Leben nicht davon kommen werden. Das Theatergebäude war von Mitgliedern der St. Johns lutherischen Sonntagsschule dicht besetzt. Der Explosion folgte die Panik auf dem Fuße. Viele aus dem Publikum stürzten auf die Bühne hinauf und rissen dabei die Rampenlampen um. Dadurch geriet die Szenerie sofort in Brand. Bald war der ganze Raum in ein Meer von Flammen und Qualm eingehüllt. Bis hoch zum Dach hinauf schossen die Feuergarben. Nach wenigen Minuten schon war das Haus wie ein prasselnder Hochofen. In ihrer Verzweiflung wurde die Menge sinnlos und rasend. Man stieß sich gegenseitig in die Flammen, um einen Ausgang zu gewinnen. Die Stärkeren bahnten sich über die am Boden Liegenden den Weg. Etwa 40 Personen konnten sich dadurch retten, daß einer auf die Schultern des andern stieg und alle somit eine Fensteröffnung erreichten. Aber an manchen Stellen zerbrach die Leiter unter der Last der Andrängenden oder die Leute wurden müde, bewußtlos und sanken in das Feuer zurück. Schrecklich war der Augenblick, wo auf dem Treppenausgang der Galerie die Menge wie ein eingetriebener Keil nicht vorwärts und rückwärts konnte und sich von den Flammen auf allen Seiten bedroht zu Tode drückte. Viele stürzten von dem oberen Stock über das Treppengeländer in die Tiefe. Polizei und Feuerwehr arbeiteten mit beispielloser Aufopferung, und ihrer heroischen Tätigkeit haben viele allein ihre Rettung zu danken. Aus dem lichterloh brennenden Gebäude trugen sie die Unglücklichen mit eigener Lebensgefahr heraus.

Selbstmord aus Furcht vor dem Häßlichwerden hat eine Dame in Crajova in Rumänien verübt. Es sind etwa 28 Jahre her, daß der russische Graf Faliewicz bei einem zufälligen Aufenthalte in Crajova die Kaufmannstochter Maria Coman kennen lernte, die er, bezaubert durch die blendende Schönheit des damals 16jährigen Mädchens, trotz des Widerspruches seiner Familie heiratete. Als der Graf nach 25jähriger Ehe starb, hinterließ er der Witwe ein Vermögen von mehr als einer Million Francs. Die noch immer schöne Frau begab sich ins Ausland, wo sich zahlreiche Bewerber um ihre Hand fanden. Nach Ablauf des Trauerjahres wurde sie die Gemahlin des österreichischen Barons v. Schwiter, mit dem sie sich in ihrer Vaterstadt Crajova niederließ. Seit geraumer Zeit merkte die Baronin mit Schrecken, daß ihre sieghafte Schönheit, auf die sie so stolz war, dem Einflusse der Jahre nicht zu widerstehen vermochte. Alle Toilettenkünste konnten sie nicht mehr über die Einsicht hinwegtäuschen, daß sie alt zu werden beginne. Diese Erkenntnis wirkte derart auf sie, daß sie trübsinnig wurde. Sie erklärte ihren Angehörigen, daß sie den Verlust ihrer Schönheit nicht überleben werde. Schon vor einem Jahre versuchte sie, sich aus dem Fenster ihrer Wohnung auf das Straßenpflaster zu stürzen, wurde aber damals von einer treuen Kammerfrau an der Ausführung dieses Vorhabens verhindert. Als nun vor einigen Wochen ihre früher weiße und zarte Haut durch häßliche Flecken entstellt zu werden begann, die aller ärztlichen Behandlung und allen kosmetischen Mitteln zum Trotz weiter um sich griffen, stand ihr Entschluß, Selbstmord zu begehen, fest. Ihr Versuch, sich durch Gift zu töten, blieb ohne Erfolg, worauf sie heimlich den Revolver ihres Gatten entwendete und sich in ihrem Schlafzimmer vor dem Toilettenspiegel eine Kugel in den Kopf jagte.

Wien eine Zweimillionenstadt. Nach einer amtlichen Statistik betrug die Einwohnerzahl der Stadt Wien Ende Dezember 1907 rund 1 999 912 Personen. Da der durchschnittliche Zuwachs täglich mit 116 Personen berechnet wird, hat der erste Tag des neuen Jahres der Stadt Wien bereits den zweimillionsten Bürger gebracht. Dies ist aber nur das Ergebnis einer Berechnung, weil seit 31. Dezember 1900 keine Volkszählung mehr stattgefunden hat. Außer Wien gibt es 5 Städte auf der Erde mit mehr als zwei Millionen Einwohnern, nämlich London mit 4 758 218, Newyork mit 4 285 435, Paris mit 2 722 731, Chicago mit 2 483 641 und Berlin mit 2 040 269 Einwohnern.

Die ewige Flamme. Obwohl sonst ein vorzügliches Dienstmädchen, verstand sie noch nichts vom Gaskocherd, und der Hausherr ging daher mit in die Küche, um das Mädchen in dessen Geheimnisse einzuweihen. Um ihr die Handhabung zu zeigen, zündete er jeden der vielen Brenner an. Inmitten seiner Erklärungen wurde er abgerufen. „Ich denke, jetzt wird die Arbeit wohl glatt gehen, Martha", sagte er und verließ sie. Fünf oder sechs Tage lang sah er sie nicht wieder, dann traf er sie im Flur und fragte: „Nun, Martha, was macht der Gasherd?" — „Na, Herr", war die Antwort, „wenn das nicht der beste Herd ist, den ich je gesehen habe! Das Feuer, das Sie mir vor vier Tagen angesteckt haben, brennt immer noch und ist noch nicht einmal kleiner geworden".

Sportnachrichten.

Der Aeroplan Henri Farmans flog zu Beginn des bereits gemeldeten erfolgreichen Fluges in einer Höhe von drei Metern über die Startgrenze hinweg in gerader Richtung auf die Fahne zu, welche den Wendepunkt markierte, wobei er sich bis zu einer Höhe von acht Metern erhob, und kehrte dann, während er sich auf die ursprünglich eingenommene Höhe von drei Metern senkte, auf seinen Ausgangspunkt zurück. Farman wurde im Triumph davongetragen und führte die Umkreisung nach kurzer Pause noch einmal aus, um mit dem Aeroplan zum Schuppen zurückzukehren. Er legte ungefähr 1300 Meter zurück und flog somit noch dreihundert Meter über die zur Gewinnung des Deutsch-Archdeacon-Preises genügende Strecke von tausend Metern hinaus. Es soll ein neuer Preis von hunderttausend Francs unter neuen Bedingungen ausgesetzt werden.

Luftschiffahrt.

Ein Schlesischer Verein für Luftschiffahrt. In Breslau ist Montag ein Schlesischer Verein für Luftschiffahrt gegründet worden, dem sofort 120 Personen beitraten, unter ihnen der kommandierende General v. Wogisch. Präsident des Vereins ist Professor Abegg von der Breslauer Universität, Vizepräsident der Direktor der Erdbebenwarte von dem Borne.

Wassersport.

Eine Segelwettfahrt von Deutschland nach England, für welche die Stadt Felixtown einen Preis im Werte von 2000 Mark stiftete, ist für Ende Mai unter Leitung des Royal Harwich Yacht-Club geplant. Die Wettfahrt soll von der Wesermündung aus durch die Nordsee nach Felixtown führen. Man hofft, daß sich zahlreiche deutsche Yachten beteiligen werden, die dann auch Gelegenheit hätten, an den Eröffnungsregatten auf der Themse teilzunehmen, bevor sie gelegentlich der Wettfahrt Dover-Helgoland nach Deutschland zur Teilnahme an der Kieler Woche zurückkehrten. Wie es heißt, wurde dieser Plan auch Kaiser Wilhelm unterbreitet.

Athletik.

Deutsche Leicht-Athleten bei den Olympischen Spielen in London. Die Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen 1908, die bekanntlich in London stattfinden, werden von den deutschen Sportverbänden mit Eifer betrieben. Die Deutsche Sportbehörde für Athletik hat bereits eine Kandidatenliste aufgestellt. Diese Liste kann natürlich noch durch Neulinge, die sich im Anfang der kommenden Saison besonders bewähren, ergänzt werden. Die Prüfung wird durch verschiedene Stichkämpfe in den einzelnen Landesteilen und die Entscheidung durch die Probekämpfe Ende Juni in Leipzig herbeigeführt werden.

Geschäftsverkehr.

Mit dem Wirtschaftsgeld auszukommen, ist bei den heutigen Preisen eine Kunst. Schreiberin dieses, eine erfahrene Hausfrau, glaubt deshalb, im allgemeinen Interesse auf Küchenhilfsmittel hinweisen zu sollen, die es ermöglichen, sowohl an teuren Zutaten als auch an Brennmaterial zu sparen. Natürlich wird man mehr als je nur solche Fabrikate wählen, die sich schon jahrelang bewährt haben und deren Name für stets gleiche Güte bürgt, wie z. B. die bekannten Maggi-Erzeugnisse. Täglich Pfennige gespart, macht im Monat manche Mark. Ein alter Spruch sagt: „Die Frau im Haus, so selber wacht, aus einem Pfennig zehne macht".

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Freisinnige Volkspartei und Wahlrechtsfrage.

Berlin, 14. Jan. Die Berliner Organisation der freisinnigen Volkspartei hat sich am Montag mit der Frage des preußischen Wahlrechts beschäftigt. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich auch der Senior der Partei, Dr. Langerhans, beteiligte, wurde folgende Resolution angenommen: Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei zu Berlin erklärt, daß er die ablehnende Haltung der Regierung in der preußischen Wahlrechtsfrage auf das lebhafteste bedauert und die in Aussicht gestellte Abänderung des Dreiklassenwahlsystems für vollständig ungenügend erachtet. Er hält nach wie vor an der Forderung des Reichstagswahlrechts für den preußischen Landtag, entsprechend dem Eisenacher Programm, fest und begrüßt deshalb mit Befriedigung den Beschluß der freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, einen Ausschuß zur planmäßigen und einheitlichen Bekämpfung des bestehenden preußischen Wahlrechts einzusetzen. Der Parteitag erklärt Straßendemonstrationen für ein gänzlich ungeeignetes Mittel zur Erreichung irgendwelcher gesetzgeberischer Maßnahmen. Von den Vertretern der Parteileitung wurde die Erfüllung eines von einem Delegierten geäußerten Wunsches zugesagt, zur Aufklärung der Wähler im Lande sobald als möglich eine Wahlrechtsbroschüre mit dem stenographischen Wortlaut der Reden der Abgeordneten Träger und Fischbeck herauszugeben.

Trier, 14. Januar. Ein beim Bahnbau beschäftigter Italiener erstach einen Eisenarbeiter namens Mahon, in dessen Wohnung er eingedrungen war. Der Mörder wurde in einem benachbarten Walde nach heftiger Gegenwehr festgenommen.

Brüssel, 14. Jan. Der neue Kabinettschef Schollaert verlas in der heutigen Kammersitzung eine ministerielle Erklärung, in der es heißt, daß das jetzige Kabinett keine Aenderung an dem bisherigen Regierungsprogramm vornehmen werde. Dasselbe gelte für die Kongovorlage. Die Debatte über die Kongovorlage würde fortgesetzt werden und die Regierung werde noch erwägen, ob sie später auf Grund dieser Debatte mit neuen Vorschlägen auf dem Plan zu erscheinen habe.

Aus dem Haag, 14. Jan. Minister Heemskerk hat angesichts der Unmöglichkeit, eine Verständigung zwischen den Katholiken und Calvinisten herbeizuführen, seine Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts eingestellt. Die Königin empfing heute mehrere politische Persönlichkeiten in Audienz, u. a. auch den Führer der calvinistischen Partei, Lehmann, mit dem sie längere Zeit über die Lage beriet.

Petersburg, 14. Jan. Der heilige Synod beschloß die Wiederaufnahme des exkommunizierten Leo Tolstoi in die orthodoxe Kirche.

Leitung Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für das Feuilleton: Otto Sonne; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für den lokalen Teil: Eugen Brinkmann; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für Gericht, Sport und Vermischtes: Hermann Sachse; für den Inseratenteil: Max Kuesebeck; Druck und Verlag von Otto Herbel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — (einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080115010/fragment/page=0004

Berliner Börse. 14. Jan. 1903

Die Rubrik in Cursverschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: J 1. Jan. | A 1. Apr. | J 1. Juli | O 1. Okt. | 1 15. 1. | 15. 4. | 15. 7. | 15. 10. | 2 1. Febr. | 15. 5. | 1. Aug. | 1. Nov. | 3 1. 3. | 1. 6. | 15. 8. | 15. 11. | 4 15. 3. | 15. 6. | 15. 9. | 15. 12. | 5 1. Mai | 1. Juli | 1. Sept. | 1. Dez. | 6 1. 3. | 1. 7. | 1. 9. | 1. 12. | 7 1. 4. | 1. 10. | 8 1. Mai | 1. Nov. | 9 1. Juni | 1. Dez. | verschr. 1%. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11.

Börsentempel-Steuer: 1 Pf., Ctr. 10 Pfennig. Coupon-Steuer: 1 Pf. = 1 Pf. Gold. Ausländische Banknoten: 1 Pf. = 1 Pf. Gold. Gold-Pfd. = 20 Mk. Gold-Dollar = 4,20 Mk. Gold-Rubel = 3,20 Mk. Gold-Kronen = 1,12 Mk. Gold-Gulden = 1,70 Mk. Gold-Franken = 0,81 Mk. Gold-Lire = 0,64 Mk. Gold-Peseten = 0,80 Mk. Gold-Piaster = 0,16 Mk. Gold-Milreis = 2,00 Mk. Gold-Reichsmark = 1,20 Mk. Gold-Rubel = 3,20 Mk. Gold-Kronen = 1,12 Mk. Gold-Gulden = 1,70 Mk. Gold-Franken = 0,81 Mk. Gold-Lire = 0,64 Mk. Gold-Peseten = 0,80 Mk. Gold-Piaster = 0,16 Mk. Gold-Milreis = 2,00 Mk. Gold-Reichsmark = 1,20 Mk.

Berlin, Bankdiskont 6½ %, Lombardzinsfuss 7½ %, Privatdiskont 5⅛ %. Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pa.			
Dt. Reichs-Anl.	3	3%	99.60b
do. 1901	3	3%	99.70b
Hamb. 1. 7. 08	3	3%	99.25b
Hamb. 1. 10. 08	3	3%	99.10b
Hamb. 1. 4. 09	3	3%	99.75b
Pr. Schatz 12	3	3%	99.70b
Dt. Reichs-Anl	3	3%	93.90b
do. do.	3	3%	92.50b
Pr. Anl. 1894	3	3%	94.10b
Bad. Stb. A.	3	3%	92.50b
Bad. Stb. A. 01	3	3%	93.00b
do. do. 02	3	3%	—
Bayer. Anl.	4	4%	99.50b
do. do.	3	3%	92.80b
do. Eisb. 0.	3	3%	—
Braunschweig.	3	3%	—
Brem. Anl. 99	3	3%	90.80b
do. Obl. 15	4	4%	—
do. 96	3	3%	83.90b
Cassel Ldr.	3	3%	—
do. XXI. a. 17	3	3%	—
do. XXII. a. 14	4	4%	100.00b
Hamb. St. R.	3	3%	—
do. 1907	4	4%	99.25b
do. am 1900	4	4%	99.00b
do. do. 93 99	3	3%	—
do. 86 87 02	3	3%	—
Hessen 09	4	4%	—
do. 93 00	3	3%	97.75b
do. 86 03-05	3	3%	80.70b
Lüb. St. A. 06	3	3%	—
do. do. 99	3	3%	91.25B
do. do. 00	3	3%	90.00b
Mgdb. Stadtanl.	3	3%	—
do. do. A. 86	3	3%	—
do. do. 90 94	3	3%	92.25b
Ofb. Stadtanl.	3	3%	—
do. do. v. 96	3	3%	—
Sachs. G. S. A	4	4%	—
Sachs. W. Lo.	4	4%	—
Sachs. Staat.	3	3%	92.90b
Brandb. Prov.	3	3%	—
Hann. Pr. Lt.	3	3%	—
do. VII. 1900	4	4%	—
Ostpr. Pr. Obl.	4	4%	99.25b
do. do.	3	3%	89.75b
Pomm. Prov.	4	4%	91.00b
Pomm. Prov.	3	3%	89.75b
do. do.	3	3%	—
Rhpr. XX. XXI	4	4%	99.80b
do. XXII. XXIII	4	4%	99.80b
do. XXI. a. 3 6	3	3%	93.75b
do. XXIV. XXVII	3	3%	91.25b
do. XX VIII 1 6	3	3%	91.40b
do. XIX. v. 09	3	3%	91.40b
do. XVIII. a.	3	3%	88.75b
do. IX. XI. XIV	3	3%	82.00b
Westf. Prov.	4	4%	99.10b
do. v. 15. 16	4	4%	99.10b
do. uk. 09	3	3%	95.50b
do. II. III. IV	3	3%	90.75b
do. uk. 10	3	3%	91.00b
do. 1	3	3%	83.00b
Westpr. Prov.	4	4%	—
do. do.	3	3%	—

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.			
Anklam. Kr. 01	4	4%	—
Kh. Obld. Tlf.	4	4%	99.60b
Aachen 99	4	4%	92.50b
do. 1902	4	4%	89.30b
Altenbg. L. II.	4	4%	99.75b
Altona 99	4	4%	90.75b
Apolda 95	4	4%	—
Aschersleben	4	4%	92.00b
do. do.	4	4%	98.75b
Barmen 99	4	4%	98.50b
do. 01	4	4%	91.00b
Berlin 76 78	4	4%	98.00b
do. 82 98	4	4%	93.30b
do. 1904 1.	4	4%	92.10b
do. St. Anl.	4	4%	99.50b
do. 1902	4	4%	90.00b
Bielefeld	4	4%	98.40b
Bonn 96	4	4%	81.80b
do. 01 05	4	4%	90.00b
Brandenb. 01	4	4%	99.90b
Breslau 91	3½	3½	91.30b
Bromberg 2	4	4%	98.50b
Burg. unk. 10	4	4%	99.60b
Charl. 89 99	4	4%	100.50b
do. 95 uk. 11	4	4%	99.90b
do. 01 uk. 17	4	4%	99.60b
do. 95 99 02	3½	3½	91.30b
Cöln 1900	4	4%	91.80b
do. 1904	4	4%	99.10b
do. 05 a. 11	4	4%	99.10b
Cöpenick.	4	4%	99.00b
Cöln. 80 83	4	4%	—
Crefeld 00	4	4%	98.60b
Danzig	4	4%	91.00b
Dessau 96	4	4%	—
Dt.-Eylau 07	4	4%	98.00b
Dt. Wilmersdf.	4	4%	—
Dortmund	4	4%	91.50b
do. 12	4	4%	98.50b
Dresden	4	4%	100.00b
do. 1893	3½	3½	—
do. 1905	3½	3½	—
Düsseldorf 99	4	4%	99.00b
do. 88 1903	3½	3½	91.50b
Duisburg 95	4	4%	—
do. 82 96	3½	3½	91.75b
do. 1902	3½	3½	90.50b
Eisenach 99	4	4%	99.00b
Elberfeld 99	4	4%	—
do. 1899	4	4%	98.50b
Erfurt 93. 01	4	4%	99.40b
do. 93. 01	3½	3½	—
Essen 70 90	4	4%	94.00b
Frankfurt 01	4	4%	92.70b
do. do.	4	4%	100.00b
Freibg. 88 03	4	4%	90.60b
Fürstenwalde	4	4%	—
Glauchau 94	4	4%	—
Görlitz 1900	4	4%	—
do. do.	3½	3½	—
Halberst. 97	4	4%	—
Halle 86 92	4	4%	—
do. do.	3½	3½	90.60b
Hamm 96 03	4	4%	99.20b
Hannover 95	4	4%	99.20b
Heidelb. 03	4	4%	91.50b
Hildesheim	4	4%	—
Jena 1900	4	4%	98.90b
Kaiserslautr.	4	4%	98.40b
Karlsruhe 99	4	4%	—
do. 03	3½	3½	87.00b
Kiel 89 98	3½	3½	91.75b
do. 1904	4	4%	99.50b
Königsberg 99	4	4%	99.60b
Leer i. O.	4	4%	—
Lichtbg 6. 00	4	4%	98.50b
Lübeck 06	4	4%	98.40b
do. 09 07	3½	3½	90.00b
Magdeburg	3½	3½	84.80b
do. 01 uc. 10	4	4%	—
do. 02 uc. 11	4	4%	99.25b
Mainz 10	4	4%	98.40b
do. 1910	4	4%	99.00b
Mann. 1901	4	4%	98.80b
Merseburg 01	4	4%	—
Metz 95 02	4	4%	92.00b
Mülheim Ruhr	4	4%	91.00b
Münchn. Stadt	3	3%	92.10bB
do. 1900 01	3	3%	98.50b
Münster 91	4	4%	92.90b
Nürnb. 95 01	4	4%	98.50b
do. 1896 98	3½	3½	91.10bB
Peine 03	4	4%	—
Pirmasens	4	4%	98.90B
Posen 1903	4	4%	—
do. uk. 13	4	4%	—
Potsdm 94 03	3½	3½	90.00b
do. 05 uc. 12	4	4%	98.75b
Potsdam 02	4	4%	98.00b
Rostock	4	4%	—
Schöneb. 04 11	4	4%	—
do. 96	4	4%	93.50b
do. 04 11	4	4%	92.75b
Schwerin i. M.	4	4%	—
Spandau 91	4	4%	—
do. 95	4	4%	—
Stargard i. P.	4	4%	—
Stendal	03	4	3½	91.90b
Stettin	4	4%	90.70B
do. 1904	4	4%	90.50b
Tilsit Kreis	4	4%	99.30b
Tilsit Kreis	4	4%	93.25b
Thorn 01 u 11	4	4%	—
Weimar	4	4%	91.60b
Wiesb. 79 89	4	4%	—
Worms 01	4	4%	98.40b
Zerbst 05 10	4	4%	—

Preussische Pfandbriefe.			
Berlin. Pfdb	3	3%	91.75b
Berlin. Pfdb	4	4%	106.50b
do. do.	4	4%	103.40b
do. do.	4	3½	94.25b
do. do.	4	4%	98.70b
do. do.	3½	3½	92.70b
do. do.	3	3%	82.75b
Landsch. Cbr.	3	3%	—
do. do.	3	3%	82.00b
Kur- u. Neum.	3	3%	85.50b
do. do.	3	3%	91.00b
do. Comm.	3	3%	85.50b
do. do.	3	3%	—
Ostpreuss.	3	3%	101.50b
do.	3	3%	92.00b
Pommersch	3	3%	81.40b
do.	3	3%	92.50b
do. neue	3	3%	92.50b
do. do.	3	3%	93.00b
do. do.	3	3%	—
Posensche	4	4%	102.75b
do. do.	3	3%	92.50b
do. Lit. D	4	4%	98.50b
do. Lit. B	3	3%	82.20b
do. Lit. C	3	3%	92.10b
Sächsische	3	3%	92.50b
do.	3	3%	93.30b
do. neue	3	3%	93.30b
Schles.	4	4%	99.10b
do. do.	3	3%	93.60b
do. do.	3	3%	93.10b
do. neue	3	3%	93.60b
do. do.	3	3%	93.10b
do. do.	3	3%	97.90b
Schles. Ldschaft	3	3%	93.10b
Schl. Hist. C.	4	4%	—
Westf.	4	4%	98.10b
Westf. Land	4	4%	—
do.	3	3%	91.25b
do. III. Folge	4	4%	99.10b
Westpr. Ritt.	4	4%	95.25b
do.	3	3%	91.60b
do. II.	4	4%	98.30b
do. II.	3	3%	92.25b
do. neuld	4	4%	90.60b
do. do.	3	3%	81.00b
Hann. Pfdb.	4	4%	99.90b
do. XIV. XV.	4	4%	99.90b
do. I-XII	4	4%	99.90b
do. C. Ob. V.	4	4%	94.70b
do. do. VI.	4	4%	91.90b
Oldb. St. Crd.	4	4%	93.30b
do. do.	3	3%	93.10b
Sachs. Ld.	3	3%	93.25b
do. Gothaer Ld.	3	3%	92.00b
do. LwPfXXIII	4	4%	99.80b
do. do. XXV.	4	4%	99.80b
do. do. XXIV.	4	4%	99.80b
do. do. XXV	4	4%	93.00b

Renten-Briefe.			
Hannoversch.	4	4%	—
do.	3½	3½	—
Hessen Nassau	4	4%	99.00b
do.	3½	3½	91.00b
Kur- u. Neum.	4	4%	99.00b
do.	3½	3½	91.75b
Pomm. Rentenb.	4	4%	99.00b
do.	3½	3½	91.75b
Posensche	4	4%	99.00b
do.	3½	3½	91.75b
Preussische	4	4%	98.80b
do.	3½	3½	91.75b
Rhein.-Westf.	4	4%	—
do.	3½	3½	91.75b
Sächsische	4	4%	98.80b
Schlesische	4	4%	99.10b
do.	3½	3½	91.75b
Schleswig-Holst	4	4%	98.00b
do.	3½	3½	91.50b

Deutsche Lose.			
Augsbg. 7 Gl.	frc		31.80b
Braunschw. P.	frc		145.50b
Bremen 2017	frc		173.60b
Coln Mg. Pr. A	frc		35.00b
Hamb. 50 Tl. B	frc		148.75b
Lübecker	frc		—
Mainz. 7 Gl.	frc		33.50b
Ulzenb. 40 Tl.	frc		133.50b
Oldenburg.	frc		139.75b
Ostpr. Stadt A.	frc		92.40b

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe			
Arg. Eis. 90	4	5	—
do. Anl. v. 87	4	5	101.00B
do. ab 1000 P.	4	5	98.10b
do. 400 M.	4	4%	94.00b
Buenos Ayres	6	6	99.50b
do. Aus 1000	4	4%	93.40b
do. Gs. 8. 9 96	4	4%	85.40b
Jokohama Anl.	5	5	91.75b
do. v. 98 u. 05	4	4%	—
do. 02	4	4%	99.90b
Bulg. St. A. 92	4	4%	—
do. mittelerer	4	4%	—
Chile Gold.	4	4%	90.50b
do. 406 M.	4	4%	94.50b
do. v. 1906	4	4%	—
China 1895	5	5	—
do. kleine	6	6	105.00B
do. v. 96	5	5	101.10bB
do. kleine	5	5	101.10bB
do. v. 98	5	5	95.60bB
do. kleine	5	4%	95.50bB
Egypt. A. gar.	3	3	—
Egypt Bairam A	5	5	—
Finnl. Lose		frc	126.75b
Freis. 15 Fr.		frc	41.00bB
Grch. 81. 84	1.6	4	48.10b
do. ex Serie	1.6	4	37.80b
do. Monopol	4	4	50.10B
do. Pir. 1400	1.6	4	46.80b
Japan. An. II.	4	4%	—
do. I. II.	4	4%	88.60b
do. 1905	4	4%	80.80b
Italien. Rente	5	4%	103.60bB
do.	5	4%	—
do.	5	4%	101.70b
do.	5	4%	101.50b
do.	5	4%	101.60b
do.	5	4%	70.10b
do.	5	4%	100.90b
do. 2100 M.			94.30b
Norweg. A. 94	3½		—
Oesterr. Gold	4	4	97.70b
do. Kronenr.	4	4	96.60b
do. ann. Rente	4	4	—
do. Rente	4	4	—
do. Pap. Zinsf.	5	5	—
do. 60 Lose		frc	151.80b
do. 54 Lose		frc	—
Port. A. 1888	3	3	—
do. unif. III	3	3	64.00b
do. III. Serie	3	3	10.75b
Russ. Gold	4	4	105.50b
do. v. 1889	4	4	97.20b
do. v. 1894	4	4	97.10b
do. v. 1897	4	4	—
do. v. 1902	4	4	—
do. v. 1904	4	4	—
do. v. 1905	4	4	94.60b
Stockholm 01	4	4	74.40b
do. Nicolai-Bah.	4	4	370.00b
do. Prm. A.	4	4	—
do. Prm. B. 66	4	5	—
do. Bodenpr.	4	5	108.00b
do. Anl. 00	4	4	71.90b
Schweden 89	3½	3½	95.30b
Schweiz 1889	3½	3½	—
Serb. Ag. 1895	5	5	—
Spanien 1894	4	4	92.40b
Türk. Administ.	5	5	—
Türk. Anleihe	4	4	87.25b
do. Tabak A.	4	4	85.60b
do. A. ant.	4	4	—
do. unkündb. 03	4	4	95.00b
do. unkündb. 05	4	4	85.80b
do. 400 Fr.		frc	143.90b
Ung. Goldrente	4	4	93.60b
do. kleine	4	4	94.30b
do. Kronenrente	4	4	93.40b
do. Staatsrente	4	4	82.70b
do. Gold. A. 01	4	4	—
do. Cons.	4	4	—
do. Grenzentl.	4	4	94.00b
Ungar. Anl. 88	4	4%	—
do. 95	4	4%	94.60b
do. 98	4	4%	—
Venezuela 88	3	3	—
S. Air. St. A.	5	5	—
do. 1000 L.	4	4%	—
do. 100 Pes	4	4%	90.00b
do. 20 L.	4	4%	81.00b
do. Pes	4	4%	101.40b
Gothen. A. 01	4	4%	—
Kopenh. St. A.	4	4%	90.00b
Lissab. St. A.	4	4%	80.50b
do. 400 M.	4	4%	80.50b
Malmö Stadtanl.	4	4%	75.50b
do. 10 Kron.	4	4%	75.50b
Mosk. St.-A.	5	5	—
Soha Gold-A.	5	5	95.10b
Sofia St. A.	5	5	—
do. do.	3	3%	—
Venet. 30 L.		frc	—
Wien Comm. A.	5	5	103.50b
do. Anl.	4	4	97.20b
do. St.-A. 98	4	4	97.10b
Bosp. Indbl.	4	4	—
Belg. Nat. Pfb.	4	4	100.10b
Dänische Anl.	4	4	—
Finnl. Hy. Obl.	4	4	—
Holl. Komm.	3	3	—
Ital. Hyp. Obl.	4	4	—
Jütl. Cr. Pfb.	4	4	92.00b
Port. Tab. Mon.	4½	—	—
Rumänien A.	5½	5½	93.90b
Schweden Hyp.	4	4	99.50b
Schweiz Pfb.	4	4	97.00b
Serb. Hyp.	5	5	100.10b
Tabak-Anl.	5	5	—
do. 76 Ag.	4	4	—
do. Kiedn. 04	4	4	—
do. 2 Pfbr. 88	4	4	93.50b
do. 1902. 04	4	4	95.60b
do. 1905	4	4	97.00b
Serb. St. A.	5	5	100.10b
Bulg. 50/67	4	4	—
do. 94	4	4	—
Ung. Bodenpr.	4	4	—
do. Ob.	4	4	—
do. Bd. Reg. Pfd.	4	4	—
do. Hb. Pfd.	4	4	—
do. Ch. Pfb.	4	4	—
do. do. II. III	4	4	94.00b

Eisenbahn-Stamm-Aktien.			
Aach. Maastr.	3	3	100.00b
Braunschweig.	2	2	138.75b
Cöln-Mind.	3½	3½	141.00b
Frankf. Gütertr.	5	5	—
Halle Stadt.	6	6	—
Hamburg-Amerik.	4	4	93.60b
Kopenh. Stadt.	4	5	—
Ludwh. Bexb.	4	4	—
Lüb.-Büchen	4	6	183.25b
Mainz. Ludwh.	4	4	135.00b
Nordbahn	4	5	62.20b
Niederschles.	3½	3½	39.25b
Niederwestl.	3	3	86.75b
Nordb. Wien.	4	4	31.30b
Pwl. N. Bopp	4	4	28.10b
Reichsbahnw.	4	4	91.50b
Lpzg. Flensbg.	4	15½	275.50b
Aussig-Teepl.	7	7	—
Böhm. Nordb.	3½	3½	—
Brünn.-Lok.	7	7	—
Buschtehrader	3	3	—
Cosk. Agram	5	5	101.25b
Duxbahn	3	3	—
Kaschau Od.	4	4	—
Lemb. Czern.	4	4	—
Prag-Duxer	4	4	144.50b
do. Norwdb.	5	5	—
do. B. Elb.	4	4	—
Orient. Eisb.	4	4	—
Raab Oedenb.	4	4	31.30b
Südbahn (Lit.)	5	5	28.10b
Stadtb.-Mag.	6	6	114.00b
Arad-u. Cronst.	5	5	—
do. Pr.-A.	5	5	—
Karsk. Kiew	5	5	—
Warsch.-W.	5	0	104.30b
Amst.-Rotterd.	4	4	—
Antwerp. Vorz.	4	5	—
Baltim. Ohio	4	4	—
Canad. Pac.	7	7	—
Gotthardbahn	4	4	—
Mediterranee	5	5	—
Mittelmeer.	3	3	77.00b
Luxbr. Henri	5½	5½	121.00b
Sard. Secondr.	3	3	—
Schweizer.	4	4	102.50b
West-Sicil.	3	3	74.20B

Strassen- u. Kleinbahnen.			
Aach. Kleinb.	7	7	142.00B
Allgäuer Kl.	4	4%	94.00b
Bochum. Gas	4	4%	140.50b
Berm. Elb. St.	5	5	99.25b
Berl. Charitb.	2	—	—
Bochum Gelsenk.	5	5	138.00B
Brest. El. St.	4	4	—
Breslau Strass.	4	4	—
Crefeld. Strb.	4	4	—
Dortm. Strass.	4	4	—
Elbert. Hochb.	4	5	122.75b
Ertl. akt. St.	7	7	142.00B
Gr. Berl. St.	4	4	128.50b
Hamb. Alten.	5	5	188.75b
do. Strassenb.	4	4	—
Hannover.	4	4	73.40b
Kopenh. St.	4	4	19.00b
Leipz. Strass.	4	4	157.25b
Mannheim Strb.	4	4	157.00b
Mecklb. St.	4	4	152.25b
Nordd. Strass.	4	4	137.50b
Nordhausen.	4	4	—
Nordost. Berl.	4	4	117.50b
Neuestadt.	4	4	61.90b
Neue Berl. St.	4	4	113.75b
Pforzheim.	4	4	72.00b
Rheinbahn.	4	4	—
Schwerin i. M.	4	4	—
Stettin. Stadtb.	4	4	—
Tilsit. Stadtb.	4	4	—
Wiesbaden.	4	4	—
Zittau. Selo	4	5	—
Aa. Ges. 2040	5	5	101.60b
do. Anl.	4	4	102.00b
do. Erg.-Netz	4	5	101.25b
Eg. Ken. Ass.	3½	—	—
Gothaer	4	4	—
Hann. Bodenkr.	4	4	69.10b
Ital. Mittelm.	4	4	101.60b
Livorno m. L.	2	2	—
Macedon. S.	4	4	63.20B
do. Anl.	4	4	65.50b
Port. 1888	4	3	83.25b
do. 89 aug.	4	4	96.00b
Sard. Obligat.	3	3	—
Süd-Ital.	3.4	2.4	68.90b
Ctr. Pr. 1949	4	4	—
do. 1929	4	4	—
Chic. Burl. 27	4	4	—
do. Rocksind	4	4	—
Denv. Rio Gr.	4	4	—
do. Pac. Pr.	4	4	—
do. Gen.	4	4	68.60b
Grog. R. R. 46	4	4	—
Pennsylvania	3½	3½	97.75b
Reichsp. 1915	4	4	90.80b
St. Louis S. Fr.	4	4	—
St. Louis S. Fr.	4	5	98.00b
St. Louis M.	4	4	75.00b
St. Louis S. W.	4	4	—
do. Ill. Inc.	4	4	71.00b
Tehuant. O.	4	5	101.25b

Deutsche Hypoth.-Pfandb.			
Berl. Hyp.	4	4	96.00b
do.	3½	3½	80.50b
do.	3½	3½	89.75b
do. v. 1916	4	4	94.75b
do. a. II. a. 14	4	4	96.00b
do. III. II.	4	4	97.60b
Bay. H. v. W.	4	4	97.50b
Grh. XXI. XVIII	4	4	97.50b
do. XIX. XX	4	4	97.50b
II-IX. XII-XIX	3½	3½	90.25b
do. XX. 1910	4	4	90.00b
do. XXI. XXII	4	4	97.50b
do. XXIII. XXIV	4	4	97.50b
D. H.-8. IV-VI	4	5	107.50b
do. XVII	4	4	101.75b
do. IX.	4	4	96.70b
do. X.	4	4	96.70b
do. XI. XII.	4	4	96.70b
do. XIII. 13	4	4	96.70b
do. XIV. XVI.	4	4	97.75b
do. XVII. IX.	4	4	97.50b
do. C. 0-13	4	4	95.00b
do. 13 Sr. 2	4	4	97.50b
Frcf. HPI. XIV	4	4	97.50b
do. HoKrV 43	4	4	97.50b
do. Cm. 46	4	4	97.80b
do. Cm. 47	4	4	97.80b
do. Cm. 44	4	4	93.80b
Gotth. Grnd. I	4	4	130.10b
do. III. II	3½	3½	89.90b
do. VI. VII	4	4	97.50b
do. IX. u. XX	4	4	97.50b
do. X. u. XII	4	4	98.25b
do. XIV. u. 16	4	4	98.50b
do. Y. u. VII.	4	4	90.75b
do. Ser. 13. 14	4	4	96.50b
Hamb. H.-S.	4	4	96.50b
do. unk. 10	4	4	97.00b
do. unk. 13	4	4	97.00b
do. unk. 14	4	4	97.00b
do. S. I.-190	4	4	89.50b
do. ex. 1913	4	4	97.50b
H. Schiff-VIII	4	4	97.50b
do. IX	4	4	97.50b
Lpz. H. S. VIII	4	4	97.50b
do. IX	4	4	97.50b
Meckl. H. S. V	4	4	97.50b
Nass. Lndw. 3	4	4	97.50b
do. S. VI. u. 15	4	4	97.50b
do. a. v. II. III	4	4	97.50b
do. Strelt. H. P	4	4	103.10b
Pr. H. S. IV. VII	4	4	97.50b
do. IX. u. 14	4	4	97.50b
do. Ser. II. III	4	4	97.50b
do. Ser. IV.	4	4	97.50b
Sächs. Bodenkr.	4	4	97.50b
do. Ser. II.	4	4	97.50b
do. Ser. III.	4	4	97.50b
do. Ser. IV.	4	4	97.50b
do. Ser. V.	4	4	97.50b
do. Ser. VI.	4	4	97.50b
do. Ser. VII.	4	4	97.50b
do. Ser. VIII.	4	4	97.50b
do. Ser. IX.	4	4	97.50b
do. Ser. X.	4	4	97.50b
do. Ser. XI.	4	4	97.50b
do. Ser. XII.	4	4	97.50b
do. Ser. XIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XIV.	4	4	97.50b
do. Ser. XV.	4	4	97.50b
do. Ser. XVI.	4	4	97.50b
do. Ser. XVII.	4	4	97.50b
do. Ser. XVIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XIX.	4	4	97.50b
do. Ser. XX.	4	4	97.50b
do. Ser. XXI.	4	4	97.50b
do. Ser. XXII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXIV.	4	4	97.50b
do. Ser. XXV.	4	4	97.50b
do. Ser. XXVI.	4	4	97.50b
do. Ser. XXVII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXVIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXIX.	4	4	97.50b
do. Ser. XXX.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXI.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXIV.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXV.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXVI.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXVII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXVIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXIX.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXX.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXXI.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXXII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXXIII.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXXIV.	4	4	97.50b
do. Ser. XXXXV.	4	4	97

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Brüsseler Zuckerkonvention und die Herabsetzung der Inlandverbrauchssteuer auf Zucker.

Der Reichstag wird bis zum 1. Februar die Entscheidung darüber zu fällen haben, ob die Zusatzakte zum Brüsseler Abkommen Gesetzeskraft erlangen soll oder nicht. Bekanntlich wird seitens der Vertretung der Zuckerindustrie mit aller Kraft darauf hingearbeitet, dass die Zustimmung zum neuen Brüsseler Vertrage nur in dem Falle gegeben werden solle, wenn die schon lange geforderte Herabsetzung der Inlandverbrauchsteuer von 14 auf 10 Mk. vorgenommen wird. Die Zuckerindustrie weist durch den Ausschuss ihres Vereins bedauernd darauf hin, dass durch das Zugeständnis an England, vom 1. September 1908 ab keine Strafzölle auf Prämienzucker mehr zu erheben, sowie durch die Vereinbarungen, die bezüglich des Beitrittes Russlands zur Brüsseler Konvention getroffen sind, der deutsche Zuckerexport und damit die Lage der gesamten deutschen Zuckerindustrie wesentlich verschlechtert wird. Richtig ist es, dass für die Zuckerindustrie als solche der einzige Vorteil der alten Brüsseler Konvention darin bestand, dass England verpflichtet war, auf prämierten (in der Praxis hauptsächlich russischen) Zucker bei seiner Einfuhr nach Grossbritannien Differenzialzölle als Strafe zu erheben. Dass diese Verpflichtung Englands aufgehoben wird, bedeutet allerdings einen Schlag für den deutschen Zuckerexport, dessen Empfindlichkeit dadurch nur wenig abgeschwächt wird, dass die Einfuhr russischen Zuckers kontingentiert wurde. Denn die rund 10 Millionen Zentner, die Russland nach dem neuen Vertrage während der ersten beiden Kampagnen (also 1908/09 und 1909/10) in England abzusetzen berechtigt ist, müssen die deutsche Ausfuhr in hohem Masse erschweren. Der überschüssige Zucker muss im Inlande untergebracht werden, das ist die einzige Möglichkeit. Eine weitere Ausdehnung des Inlandkonsums, die zwar an sich recht kräftig vorwärts schreitet, würde in besonderem Masse durch die Herabsetzung der Inlandverbrauchssteuer gefördert werden. Im Prinzip dürfte sich auch niemand der Nützlichkeit der Ermässigung der Zuckersteuer verschliessen. In der Praxis liegen die Dinge allerdings anders. Wenn die glänzende Finanzlage Oesterreichs die schnelle Herbeiführung der Herabsetzung der Inlandkonsumsteuer ermöglichte, so erschwert die günstige Finanzlage des Deutschen Reiches die Betretung desselben Weges. Unmöglich ist die Erfüllung des Wunsches der deutschen Zuckerindustrie, die ja auch eine gewiss zu begrüssende Verbilligung des Verbrauchszuckers bringen würde, deshalb aber noch nicht. Es wird wesentlich von der Haltung der Regierung abhängen, wie die heute noch zweifelhafte Entscheidung über das Weiterbestehen der Brüsseler Konvention nach dem 1. September 1908 ausfällt.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 201,75, Diskonto 172,50, Deutsche Bank 231,70, Berliner Handelsgesellschaft 157,60, Kanada 159,37, Baltimore 90,30, Paketfahrt 121,75, Norddeutscher Lloyd 109,00, Russische Anleihe von 1902 81,12, Laurahütte 219,25, Bochumer Guss 201,75, Harpener 201,00, Gelsenkirchen 158,75, Phönix 79,62, Dresdner Bank 140,00, Schaaffhausen 136,50, Lombarden 28,00, A. E.-G. 202,00. Tendenz: Ziemlich fest. — Auf dem Kassamarkte notierten höher: 3½proz. Reichsanleihe 0,10, 3proz. Konsols 0,10, Ver. Werdersche Brauereien 1,50, Schöfferhof Brauerei 1,50, Stettiner Elektr.-Werke 2, Baer & Stein 4,75, Ottensen 1,25, Peniger Maschinen 3, Wanderer Fahrrad 2, Berliner Terrain-Ges. 1,75, Kahla Porzellan 6, Königszelt Porzellan 5, Triptis 2, Vogel 2, Eschweiler Walzwerk 1,50, Witten Stahlröhren 2. — Dagegen notierten niedriger: Spandauer Bergbrauerei 4, Omnibus-Ges. 2, Vogtländer & Sohn 3, Adler Zement 3, Alsen Zement 8,75, Hemmoor Zement 2,50, Aluminium-Ind.-Ges. 2, Archimedes 2,25, Balcke. Tellering 4, Gaggenauer Eisen 2,00, Hallesche Masch. 5, Hofmann Waggon 3,75, Kyffhäuserhütte 2,50, Lübecker Masch. 2,50, Rhein. Metall Vorz.-Akt. 3, Schubert & Salzer 6, Schwartzkopff 2, Spinn & Sohn 1,75, Vogtländer Masch. 2,75, Neu Westend 3, Kaiserhof-Aktien 1,50, Deutsche Gaslühlicht 4, Ver. Petroleum 2, Akkumulatorenfabrik 2, Elberfelder Papierfabrik 1,75, Bismarckhütte 2,25, Boesperde 3, Buderus 2, Caroline 2, Concordia Bergbau 2,50, Thale Vorz.-Akt. 2,50, Kraft Eisenwerk 2,50, Geisweider Eisen 2,50, Hedwigshütte 2,25, Lauchhammer 2, Mannstädt Fasson 2,50, Milowicer 2,50, Thömée 4, Witten Gussstahl 2,50.

Die Zeichnung auf die neue preussische Anleihe, die sogen. Staatsschuldbuchanleihe, wurde gestern geschlossen. Wie wir hören, sind die Zeichnungsanmeldungen in einem Umfange eingegangen, der die Erwartungen der Seehandlung übersteigt, und fortgesetzt laufen noch Zeichnungen per Brief und Draht ein. Bis gestern sind etwa 120 Mill. Mk. Zeichnungen festgestellt worden. Doch ist noch ein ausserordentlich grosses Material aufzuarbeiten, so dass wohl kaum vor Donnerstag eine einigermassen genaue Uebersicht über das gesamte Resultat möglich sein dürfte. An der Zeichnung haben sich sowohl die kleinen Sparer wie das Grosskapital stark beteiligt; auf der einen Seite gehen die Einzelbeträge der Zeichnungen herunter bis auf 100 Mark, auf der anderen hinauf bis auf 1 Million und darüber. Bemerkenswert ist auch, dass wohl von sämtlichen deutschen Banken erhebliche Beträge angemeldet worden sind. Die geforderte Anzahlung von 3 Proz. wurde in allen Fällen schlank geleistet.

Der Metallbestand der Reichsbank. Wie der Reichsbankpräsident in der Sitzung des Zentralausschusses mitteilte, setzte sich der Metallbestand der Reichsbank am 31. Dezember 1907 zusammen aus: Gold in Barren und fremden Münzen 96 252 000 Mark, Gold in deutschen Münzen 401 296 000 Mk., Gold im ganzen 497 548 000 Mark, Talern 25 451 000 Mark, Scheidemünzen 181 180 000 Mk. Ende Dezember 1906 stellten sich die Bestandsziffern für Gold auf 481 373 000 Mk., für Taler auf 39 792 000 Mk., für Scheidemünzen auf 143 852 000 Mk. Der Goldvorrat zeigt mithin eine Zunahme von 16 175 000 Mk., der Silberbestand eine solche von 22 987 600 Mk.

Die Wechsel der Leutz-Kalker Volksbank, deren Direktor Mengering vor einigen Tagen plötzlich starb, sind unter Protest gegangen. Die Bank, die in der Form einer eingetragenen Genossenschaft betrieben wird, soll über 900 000 Mk. Depositen gegen feste Kündigungsfristen haben. Die ihr gegen sofortige Kündigung übergebenen Depositen sind in der letzten Zeit grösstenteils abgehoben worden.

In den Kreisen der Bank von England wird jetzt, nachdem vorgestern die Bank fast ½ Mill. £ Gold zum Minimalpreis erhalten hat, mit Sicherheit eine Ermässigung des Diskonts auf 5 Proz. am Donnerstag erwartet. Es ist sogar beabsichtigt, in Bälde auf 4½ Proz. zu gehen, was jetzt als Normalrate für das erste Quartal betrachtet wird.

Die Gesellschaft für Chemisch-Metallurgische Produktion m. b. H., Elsterwerda, teilt mit, dass sie unter dieser Firma eine Fabrik zur Herstellung metallurgischer Produkte errichtet hat. Eine Spezialabteilung wird sich mit der Verarbeitung metallischer und ähnlicher Rückstände befassen, wie Schlacken, Aschen und Krätzen aus der Metallgiesserei und -schmelzerei, Dreh-, Bohr- und Feilspänen sowie Schutt und Kehricht. Auch Graphitscherben und Chamottebruch übernimmt die Gesellschaft zu angemessenen Preisen.

Die ausserordentliche Hauptversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, in der sämtliche Aktionäre vertreten waren, beschloss, die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Jedoch ist den einzelnen Gaswerken das Recht eingeräumt, nach Ablauf einer je 3jährigen Vertragsperiode die Lieferungsverpflichtung für Gaskoks sowie den Verkauf von Teer usw., ferner den Einkauf der Materialien aufzukündigen. Beirat und Aufsichtsrat beschlossen, fernerhin die bisherigen Preise für Gaskoks in gleicher Weise wie für die anderen Brennstoffe beizubehalten.

Die Königs-Laurahütte und die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft verkauften 3000 Radsätze an die Kaiser Ferdinands-Nordbahn in Oesterreich. Die Tatsache, dass die Kaiser Ferdinands-Nordbahn sich nach Deutschland wendet, ist auf die relativ höheren österreichischen Eisenpreise zurückzuführen.

Die Lage auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkte weist laut einem Bericht der „Köln. Ztg." eine gewisse Belebung auf. Zur Ausfuhr seien mit allerdings sehr unzulänglichen Sätzen grössere Mengen verkauft worden. Die Werke seien infolgedessen für weitere Lieferungen nicht mehr so nachgiebig. Eine gewisse Wirkung werde auch auf dem Weltmarkte die scharfe Einschränkung der Erzeugung in Amerika ausüben, die die dortige monatliche Roheisenerzeugung ungefähr auf das Mass der deutschen zurückgebracht habe, während sie vor kurzem noch das Doppelte betrug. Im übrigen bleibe die Lage recht schwierig, da die Rohstoffpreise gegenüber denen der Fertigfabrikate fortgesetzt zu hoch seien. Wenn auch eine allgemeine Ermässigung wegen der sonstigen Rückwirkung nicht angezeigt erscheine, so könnte doch der Eisenindustrie durch Erleichterung der Ausfuhr eine sehr wirksame Unterstützung geboten werden. Der Beschäftigungsgrad der Stahlwerke sei nicht besser geworden. Eine gewisse Belebung in Roheisen sei allerdings festzustellen, namentlich Giessereieisen wurde lebhafter gekauft. Die Abrufungen zeigten vielfach, dass die Versorgung auf das äusserste eingeschränkt worden war.

Die Konfektionsfirma Eugen Süsskind, Konfektionshaus „Zur Sonne" in Frankfurt a. M., wendet sich dem „Konf." zufolge an ihre Gläubiger. Die Gesamtverbindlichkeiten betragen 220 000 Mark. Es wird ein aussergerichtlicher Akkord von 50 Proz. geboten. Hauptbeteiligt sind Berliner Herren- und Knaben-Konfektionsgrosshandlungen.

Berliner Hotelgesellschaft Kaiserhof, Aktiengesellschaft, in Berlin. In der Generalversammlung berichtete Direktor Fritz Eberbach über die Lage der Gesellschaft. Das Jahr 1907 war das erste, in dem der Berliner Hotelgesellschaft der Kaiserhof in seiner neuen Gestaltung übergeben werden konnte. Wie immer in solchen Fällen, seien verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, einmalige grössere Ausgaben, maschinelle Störungen usw. Ausserdem wurde der Verkehr in sehr erheblichem Masse durch den Bau der Untergrundbahn gestört. Berücksichtige man alle diese Umstände, so sei der Betriebsüberschuss ein günstiger zu nennen. Er dürfte ungefähr 1 150 000 Mk. betragen. Im Jahre 1907 wurde von der Gesellschaft gegenüber Adolf C. Eberbach das auf dem in Bau befindlichen Hotel Atlantic bestehende Vorverkaufsrecht ausgeübt. Das Abkommen mit A. C. Eberbach ging dahin, dass ihm seine sämtlichen Ausgaben vergütet wurden, während der ihm auf Grund früherer Vereinbarungen zustehende Zuschlag von 700 000 Mk. über die Selbstkosten auf 450 000 Mk. ermässigt wurde. Die Auflassung ist erfolgt, ebenso die Abwicklung des Geschäfts. Bei der Zahlung an A. C. Eberbach ist unter dem Titel „Provision" eine Summe mit eingerechnet, die von der Hotelgesellschaft beanstandet wird. Infolgedessen ist ein Anspruch von 420 000 Mk. bei der Konkursmasse Eberbachs angemeldet worden. Der Vorsitzende gab hierzu noch weiter an, die prekäre Lage der Gesellschaft sei erst eingetreten, als A. C. Eberbach in Schwierigkeiten geriet. Dass ein Geldbedarf vorliege, sei von der Verwaltung nie bestritten worden. Rechtsanwalt Böhm aus Offenbach, der von der Stadt Offenbach hierher geschickt worden ist, wünscht den Bericht der Treuhandgesellschaft im einzelnen kennen zu lernen, da ihm die Mitteilungen der Verwaltung nicht genügen. Der Vorsitzende teilte mit, dass es sich dabei nur um einen vorläufigen Bericht handle, der zumeist technische Fragen behandle. Mit Nachdruck wurde Klarstellung darüber verlangt, wie die Forderung des Kaiserhofs an die Konkursmasse entstanden sei. Von anderer Seite wird genaue Auskunft verlangt, wie sich der Geldbedarf stelle. Der Vorsitzende teilte mit, dass bei regulären Abschreibungen für 1907 ein Nettogewinn von schätzungsweise 300 000 bis 400 000 Mk. sich ergeben werde. Bei regulären Abschreibungen seien also 5—6 Proz. Dividende (i. V. 4 Proz.) zu erwarten. Bei dem Geldbedarf habe man einen dringenden von 1—1¼ Mill. Mk. und einen weniger dringenden von etwa 2 Mill. Mark zu unterscheiden. Letzterer sei für die innere Einrichtung des Atlantic-Hotels, welche Zahlungen aber erst 1909/10 zu leisten wären. Die Debatte wird dann sehr ausführlich über das Provisorium von 500 000 Mk., die Eberbach verlangt habe, und über die Entstehung der Forderung des Kaiserhofs an die Konkursmasse Eberbach. Auf dringendes Verlangen gibt Direktor Eberbach nunmehr nähere Auskunft über die Entstehung der Forderung der Gesellschaft an die Konkursmasse Eberbach. Hierauf beginnt eine zum Teil lebhafte Debatte, die sich in manche Einzelheiten verläuft. Bei Punkt 2 erklären sich Generalkonsul Eugen Landau und Bankier E. Arons in Firma Arons & Walter bereit, Mandate zum Aufsichtsrat anzunehmen. Beide Herren werden durch Zuruf gewählt.

Die Berliner Wäsche-Fabrikationsfirma Bruno Beermann wendet sich an ihre Gläubiger. Die Passiven betragen 65 000 Mark, denen an Aktiven 35 000 Mk. gegenüberstehen. Es wird ein aussergerichtlicher Akkord in Höhe von 50 Proz. geboten.

Vom Liverpooler Baumwollmarkt wird berichtet: Der Entkörnerbericht war günstiger als erwartet, und dies führte zu einer besseren Marktlhaltung in Liverpool, wo nach schwächerer Eröffnung amerikanische Termine 6½—11 Punkte höher abschliessen. Man legt den Zensusbericht dahin aus, dass an eine Ernte von über 12 Millionen nicht zu denken ist. Die Lohnstreitigkeiten in Lancashire führten jedoch eine Aestringierung der Umsätze herbei. Das Platzgeschäft ist ziemlich gut. Amerikaner, Brasilianer und glatte Peruaner schliessen 9 Punkte besser. Rauhe Peruaner dagegen sind angeboten und meistens niedriger. Aegypter ⅛—⅜ d schwächer. Ostindier unverändert. In Manchester ist das Tuchgeschäft unbedeutend, da Indien infolge der Hungersnot und China wegen der Schwankungen auf dem Silbermarkte zurückhalten. Garne sind williger, wo Umsätze erfolgen.

Vom Ledermarkt wird von fachmännischer Seite geschrieben: Eine gewisse Besserung ist auf dem Ledermarkt entschieden zu konstatieren. Der Berliner Platz war nicht nur stärker von Provinzkäufern besucht, sondern auch die Berliner Grossisten zeigten erhöhte Kauflust, nachdem die auf der Tour befindlichen Reisenden endlich grössere Aufträge als seit langer Zeit überschreiben. Die Zufuhren bewegen sich weiter in recht engen Grenzen, und es macht sich die Verringerung der Produktion bereits deutlich bemerkbar. Die Preise halten sich auf der Basis der letzten Verkäufe. Die Fabrikanten lehnen Untergebote entschieden ab, einige haben ihre Vertreter sogar zur strikten Innehaltung der neuen, etwas höheren Limite angehalten. In erster Linie wurden norddeutsche Wildsohl- und Brandsohlleder gehandelt. Auch Vaches und Abfälle in leichten Gewichten gehen gut. Die anderen Unterledersorten haben aber nur schleppenden Absatz. Von Oberledern stehen Box Calf, Lackleder, gute leichte Ross-, braune und schwarze Stiefelkipse im Vordergrunde des Interesses. Sattlerleder haben reguläre Umsätze. Der Rohhäutemarkt hat von dem festen Verlaufe der Auktionen noch nicht viel profitiert. Im freien Handel hält die deutsche und auch die ausländische Lederindustrie nach wie vor stark zurück. Es kamen denn auch in keinem Artikel nennenswerte Verkäufe zustande. Die Preise haben sich dagegen befestigt.

Vom ostdeutschen Holzmarkt wird von fachmännischer Seite geschrieben: Am 24. Januar findet ein Schwellensubmissionstermin der Eisenbahndirektion Berlin statt, in dem etwa 850 000 Stück kieferne und eichene Schwellen zur Lieferung nach verschiedenen west- und ostdeutschen Tränkanstalten ausgeschrieben sind. Der Holzhandel bringt dem Ergebnis dieses Termines grosses Interesse entgegen, weil in letzter Zeit die Preise für Bahnschwellen eine wenig feste Gestaltung zeigten und ein weiteres Abflauen für möglich gehalten wird. Da in letzter Zeit die Produktion von Schwellen in Russland wie in Galizien ziemlich lebhaft betrieben wurde, könnte eine wenn auch mässige Herabsetzung der Schwellenpreise immerhin eine Abnahme der Produktion verursachen. Diese würde vielleicht eine verstärkte Ausarbeitung von Mauerlatten zur Folge haben, die in ziemlich erheblichen Posten am Markte sind und infolge des ruhigen Geschäftsganges auf dem Baumarkte kaum gesucht werden. Die erste Hälfte des Monats Januar hat die sonst so zahlreichen Besichtigungsreisen und Einkäufe der Berliner und sächsischen Zwischenhändler auf den Mühlen des Ostens nicht gebracht. Selbst die Abschlüsse von Bauwaren auf Frühjahrslieferung unterbleiben vielfach. Man beschränkt sich auf Ankauf der allernotwendigsten Sortimente und versucht, die Deckung des Jahresbedarfes aufzuschieben. Es dürfte anzunehmen sein, dass die nächsten Wochen eine kleine Hebung der Absatzverhältnisse bringen. Denn wenn auch die Plätze über stark geschmälerte Umsätze berichten, so sind sie doch nicht ganz beschäftigungslos, und die jetzt fast völlig eingestellten Einkäufe müssen zur Ergänzung der inzwischen teilweise gelichteten Lager wieder aufgenommen werden. Preisbesserungen dürften allerdings hierbei nicht zu erwarten sein. Dazu sind die Bestände auf den Mühlen des Ostens in trockener Ware noch zu gross. Und wenn auch eine erhebliche Menge der Angebote aus untergeordneten Erzeugnissen besteht, so drücken doch diese ebenfalls auf die Preise. Kieferne Balken konnten sich im Preise nicht erholen. Zu 45 Mk. frei Berlin sind mehrere Angebote am Markte, ohne dass sich reege Umsätze entwickeln konnten. Dagegen wurde Kantholz in einigen Posten mit 36—37 Mk. umgesetzt.

Die Verwaltung der Alsenschen Portlandzementfabriken erklärt, dass sachliche Gründe für den Kursrückgang der letzten Zeit nicht vorliegen.

Die Getreidefrachtrate New York—Hamburg ging um 3 Pfg. auf 37 Pfg. zurück.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 14. Jan. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 217—220,00. Roggen inl. 207—208,00. Hafer, märkischer, mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 180—192, mittel 173—179, gering 168—172, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 161,00—167,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 160—168, gute 169—180, russische und Donau leichte 156 bis 162. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 189—195, kleine —,—. Weizenmehl 00 29,25—31,50. Roggenmehl 0 und 1 27,30—29,10. Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 13,00—13,50. (Alles frei Bahn.)

Magdeburg, 14. Januar.

Weizen unver., englischer gut 210—214, mittel 195—205, Sommer gut 210—214, mittel 195—204, Kolben Sommer gut 224—227, mittel —,—, Rauh gut —,—, mittel —,—, ausländischer gut 235—245, mittel —,—.

Roggen unver., inländischer gut 204—209, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste ruhig, hiesige Cheval. gut 184—192, mittel —,—, Land gut 171—184, mittel —,—, ausl. Futter gut 157—160, mittel —,—.

Hafer still, inländischer gut 164—167, mittel 145—155 ausländischer gut —,—, mittel —,—, Wand gut —,—, mittel —,—.

Mais fest, runder gut 160—165, mittel —,— — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—

Erbsen, hiesige Viktoria gut —,—, mittel —,—, grüne Folger gut —,—, mittel —,—

Für 1000 kg netto ab Station.

Hamburg, 14. Jan. Weizen stetig, Mecklenburger und Ostholsteiner 210—220. Roggen stetig, Mecklenburger und Altmärker 194—208, russ. cif. 9 Pud. 10/15 168,50. Gerste ruhig, südruss. cif. 135,00. Hafer stetig, Holsteiner und Mecklenburger 172—178. Mais ruhig, America mixed cif. 121.00. La Plata cif. 120.00.

Pest, 14. Jan. Weizen fest, per April 12,63 Gd., 12,64 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 10,69 Gd., 10,70 Br. Roggen per April 11,24 Gd., 11,25 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 9,29 Gd., 9,30 Br. Hafer per April 8,22 Gd., 8,23 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per August —,— Gd., —,— Br., per Mai 6,94 Gd., 6,95 Br. Raps per August 16,45 Gd. 16,55 Br.

Kaffee.

Bremen, 14. Jan. Kaffee behauptet.

Havre, 14. Jan. Kaffee good average Santos per März 42¼, per Mai 42½, per Sept 42¾, per Dez. 43. Behauptet.

Petroleum.

Hamburg, 14. Jan. Petroleum fest Standard white loko 7,55

Spiritus.

Nordhausen, 14. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,25—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 14. Jan. Spiritus fest, per Jan. 31⅞ Gd., per Jan.-Febr. 31⅞ Gd., per Febr.-März 31⅞ Gd.

Oele. Oelsaaten. Fettwaren.

Butter, Schmalz, Speck. (Originalbericht von Gebr. Gause.) Berlin, den 11. Jan. 1908. Butter: Bei dem gänzlichen Fehlen der billigeren Sorten war die Nachfrage nach feiner Butter stärker und konnte dieselbe zu höheren Preisen geräumt werden. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 124—126 Mk., do. IIa Qualität 119 bis 124 Mk. — Schmalz: Die Schweinezufuhren in Amerika waren andauernd gross, so dass die Schmalzpreise trotz kleiner Vorräte etwas nachgaben. Hier ist die Kauflust für spätere Termine wie auch der Konsum gut. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 48,25—48,75 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 51 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 50 bis 58 Mk., Berliner Batenschmalz Kornblume 51—58 Mk. — Speck: Guter Bedarf.

Bremen, 14. Jan. Schmalz ruhig. Loko, Tubs und Firkin 42¾, Doppeleimer 45½.

Köln, 14. Jan. Rüböl loko 78,00, per Mai 73,50.

Hamburg, 14. Jan. Rüböl ruhig, verzollt 73,00.

Wolle.

Bremen, 14 Jan. Baumwolle matt. Upl. loko middl 60 Pfg.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 14. Jan Kartoffelmehl und -Stärke 24,00—24,50. Feuchte Stärke 14,30.

Magdeburg, 14. Januar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—28,75.

Metalle.

London, 14. Jan. Chili-Kupfer fest 63½, 3 Monat 63⅞. Zinn Straits stetig, 125½, 3 Monat 126½. Blei spanisch, fest 14⅜, englisch 14⅞. Zink, gewöhnliche Marke, fest, 19⅞, spez. Marke 20¾.

Glasgow, 14 Jan. (Mittag.) Roheisen flau, Middlesbrough warrants 48/1½

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern Brückenpeg.	13. Jan.	+ 0,48	14. Jan.	+0,48	—	—
Nebra, Op.	„	+2,08	„	+2,0	1	—
„ Up.	„	+1,52	„	+1,50	2	—
Weissenfels, Op.	„	+2,34	„	+2,36	2	—
„ Up.	„	+0,04	„	0,00	4	—
Trotha	„	+1,94	„	+1,81	13	—
Alsleben, Op.	„	+2,0	„	+2,88	22	—
„ Up.	„	+1,86	„	+1,8	2	—
Bernburg	„	+0,6	„	+0,81	9	—
Kalbe, Op.	„	+1,5	„	+1,44	6	—
„ Up.	„	+0,64	„	+0,48	16	—

Moldau Iser. Eger. Elbe.

	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	13. —0,48	—	11	Toreau	14. +0,42	2	—
Prag	„ —0,08	—	18	Wittenber	„ +1,21	4	—
Jungbunzl.	„ —0,04	—	—	Rosslau	„ +0,72	—	—
Laun	„ —0,17	—	—	Barby	„ +0,95	2	—
Pardubitz	„ +0,30	6	—	Magdeburg	„ +0,88	2	—
Brandeis	„ +0,12	—	—	Tangermde	„ +1,45	6	—
Melnik	„ —0,23	4	—	Wittenbge.	„ +1,42	—	8
Leitmeritz	14. —0,31	4	—	Dömitz, Pg.	13. +0,89	—	2
Aussig	„ —0,35	—	49	Hohnstorf	14. +0,99	—	4
Dresden	„ —1,57	3	—	Lauenburg	„ +0,98	—	4

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080115010/fragment/page=0006